



DETMOLD

**Kulturstadt
im Teutoburger Wald**

Budgetbuch 2015

Fachbereich 3

**Bürgerservice, Ordnung,
Feuerwehr und Rettungsdienst**

**Budgetbuch
Fachbereich 3
Bürgerservice, Ordnung,
Feuerwehr und Rettungsdienst**

Inhaltsverzeichnis

		Seite
1.	Haushaltssatzung	1 - 4
2.	Verzeichnis der Produkt- und Auftragskonten mit Deckungsvermerken	5 - 14
3.	Produktplan	15
4.	Planungsreport	17 - 28
5.	<u>Teilergebnispläne / Teilfinanzpläne / Investitionsmaßnahmen</u>	
5.1	Fachbereich 3 – Bürgerservice, Ordnung, Feuerwehr und Rettungsdienst	30 - 31
5.2	<i>Produktgruppe 300 Bürgerberatung</i>	
5.2.1	Produkt 050 Telefonservice Center	32 - 33
5.2.2	Produkt 100 Melderegister und Personaldokumente	34 - 36
5.2.3	Produkt 200 Hundesteuer, Sozialpässe, Fundsachen	38 - 39
5.2.4	Produkt 300 Wahlen und Statistik	40 - 42
5.2.5	Produkt 400 Rentenversicherungsangelegenheiten	44 - 45
5.2.6	Produkt 500 Gewerbe	46 - 47
5.2.7	Produkt 600 Märkte	48 - 49
5.3	<i>Produktgruppe 310 Ordnungsangelegenheiten</i>	
5.3.1	Produkt 100 Allgemeine öffentliche Sicherheit und Ordnung	50 - 52
5.3.2	Produkt 200 Parkraumbewirtschaftung und Überwachung	54 - 55
5.4	<i>Produktgruppe 320 Feuerwehr</i>	
5.4.1	Produkt 100 Bekämpfung von Bränden, Hilfeleistung bei Unglücksfällen	56 - 58
5.4.2	Produkt 200 Vorbeugender Brandschutz	60 - 61
5.5	<i>Produktgruppe 330 Krankentransport und Rettungsdienst</i>	
5.5.1	Produkt 050 Krankentransport und Rettungsdienst	62 - 64
5.6	<i>Produktgruppe 340 Standesamtsangelegenheiten</i>	
5.6.1	Produkt 100 Personenstandswesen	66 - 67
5.6.2	Produkt 200 Einbürgerungen	68 - 69
6.	Anlage1: nachrichtlich: RE 2013 und Plan 2014 ehemalige Produkte	
6.1	Produkt 100 Transport von Kranken	72 - 73
6.2	Produkt 200 Transport von Notfallpatienten / Herstellung der Transportfähigkeit	74 - 75

Haushaltssatzung der Stadt Detmold für das Haushaltsjahr 2 0 1 5

Aufgrund der §§ 78 ff. der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NRW. S. 666), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 19.12.2013 (GV. NRW. S.878) hat der Rat der Stadt Detmold mit Beschluss vom 17.12.2014 folgende Haushaltssatzung erlassen:

§ 1

Der **Haushaltsplan** für das Haushaltsjahr 2015, der die für die Erfüllung der Aufgaben der Gemeinden voraussichtlich anfallenden Erträge und entstehenden Aufwendungen sowie eingehenden Einzahlungen und zu leistenden Auszahlungen und notwendigen Verpflichtungsermächtigungen enthält, wird

im **Ergebnisplan** mit

dem Gesamtbetrag der Erträge auf	200.174.356 €
dem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	202.728.614 €

im **Finanzplan** mit

dem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	191.793.409 €
dem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	191.094.344 €
dem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit auf	7.084.551 €
dem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit auf	24.714.616 €
dem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Finanzierungstätigkeit auf	47.339.626 €
dem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit auf	36.840.561 €

festgesetzt.

§ 2

Der **Gesamtbetrag der Kredite**, deren Aufnahme für Investitionen im Haushaltsjahr 2015 erforderlich ist, wird auf

16.389.791 €

festgesetzt.

§ 3

Der **Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen**, der zur Leistung von Investitionsauszahlungen in künftigen Jahren erforderlich ist, wird auf

25.925.700 €

festgesetzt.

§ 4

Die Verringerung der allgemeinen Rücklage zum Ausgleich des Ergebnisplans im Haushaltsjahr 2015 wird auf

2.554.258 €

festgesetzt.

§ 5

Der **Höchstbetrag der Kredite**, die zur Liquiditätssicherung im Haushaltsjahr 2015 in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf

50.000.000 €

festgesetzt.

§ 6

Die **Steuersätze für die Gemeindesteuern** werden für das Haushaltsjahr 2015 wie folgt festgesetzt:

1. **Grundsteuer:**
 - 1.1 für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) auf **192 v.H.**
 - 1.2 für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf **495 v.H.**
2. **Gewerbsteuer:**
auf **430 v.H.**

§ 7

Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen sowie Verpflichtungsermächtigungen

Über- und außerplanmäßige **Aufwendungen und Auszahlungen**, die auf gesetzlicher oder vertraglicher Grundlage beruhen, sind im Sinne des § 83 GO NRW erheblich, wenn sie mindestens **25.000 €** betragen.

Alle übrigen über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen sind erheblich, wenn sie im Einzelfall den Betrag von **15.000 €** überschreiten, davon ausgenommen sind die internen Leistungsverrechnungen und bilanzielle Abschreibungen im Rahmen des Jahresabschlusses.

Unerheblich sind ferner alle über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen, die im Zusammenhang mit

- dem **Jahresabschluss** oder
- der Umsetzung des **NKF** oder
- finanzneutralen Änderungen von Sachkonten aus finanzstatistischen Gründen oder
- finanzneutralen Mittelumschichtungen zwischen den Organisationsbereichen
 - bei Strukturänderungen der Verwaltung oder
 - im Bereich der Personalwirtschaft

erforderlich werden.

Über- und außerplanmäßige **Verpflichtungsermächtigungen** gem. § 85 GO NRW, die auf gesetzlicher oder vertraglicher Grundlage beruhen, sind als erheblich anzusehen, wenn sie im Einzelfall mehr als **150.000 €** betragen.

Alle übrigen über- und außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigungen gelten als erheblich, wenn sie im Einzelfall mehr als **50.000 €** betragen.

Die erheblichen **Aufwendungen und Auszahlungen** sowie **Verpflichtungsermächtigungen** bedürfen der vorherigen Zustimmung des Rates. Im Übrigen sind die über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen sowie Verpflichtungsermächtigungen dem Rat zur Kenntnis zu bringen, sofern sie nicht geringfügig sind. Geringfügig in diesem Sinne sind Beträge bis zu **5.000 €**.

§ 8

Budgets und Deckungsfähigkeiten

Zur flexiblen Haushaltsführung werden gemäß § 21 Absatz 1 GemHVO die Erträge und Aufwendungen innerhalb der einzelnen Organisationsbereiche mit Ausnahme

- der Verfügungsmittel sowie
- nicht zahlungswirksamer Aufwendungen (z. B. bilanzielle Abschreibungen, interne Leistungsverrechnungen etc.)

jeweils zu einem Budget verbunden, sofern nicht andere Deckungsvermerke gemäß § 21 Absatz 2 GemHVO (siehe auch „Verzeichnis der Produktsachkonten und Aufträge mit Deckungsvermerken“ [gelbe Seiten]) bestehen. Das Gleiche gilt für Ein- und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit.

Die Erträge/Aufwendungen bzw. Einzahlungen/Auszahlungen innerhalb der kostenrechnenden Einrichtungen werden zu jeweils gesonderten Budgets verbunden.

Innerhalb der Budgets sind die Summe der Erträge und die Summe der Aufwendungen für die Haushaltsführung verbindlich.

Für die Auszahlungsermächtigungen im investiven Teil des Finanzplanes gilt das „Verzeichnis der Produktsachkonten und Aufträge mit Deckungsvermerken“.

Sämtliche Verpflichtungsermächtigungen innerhalb eines Produktbudgets werden gem. § 13 Absatz 2 GemHVO für gegenseitig deckungsfähig erklärt. Der im § 3 der Haushaltssatzung festgesetzte Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen darf nicht überschritten werden.

§ 9

Ausweis von Investitionen in Teilfinanzplänen

Die **Wertgrenze für die Einzelausweisung von Investitionsmaßnahmen** im Teilfinanzplan nach § 4 Absatz 4 GemHVO wird, bezogen auf den Gesamtausgabebedarf von Einzelmaßnahmen, grundsätzlich auf **250.000 €** festgesetzt.

§ 10

Stellenplan

Rechtsfolge bei Stellen mit einem kw.- bzw. ku.-Vermerk:

kw.-Vermerk: Die Stelle entfällt beim Ausscheiden des Stelleninhabers.

ku.-Vermerk: Die Stelle ist nach Ausscheiden des Stelleninhabers umzuwandeln.

Die im Stellenplan ausgewiesenen Planstellen der Beamten und Tarifbeschäftigten können vorübergehend auch mit Beschäftigten der jeweils anderen Beschäftigten-gruppe besetzt werden.

Detmold, 17.12.2014



Heller
(Bürgermeister)

Verzeichnis der Produktsachkonten und Aufträge mit Deckungsvermerken

Grundsatz der Gesamtdeckung

Grundsätzlich dienen die Erträge zur Deckung der Aufwendungen sowie die Einzahlungen zur Deckung der Auszahlungen (vgl. § 20 GemHVO).

Bildung von Budgets / Gegenseitige Deckungsfähigkeit

Zur flexiblen Haushaltsführung werden gemäß § 21 Absatz 1 GemHVO die Erträge und Aufwendungen innerhalb der einzelnen Organisationsbereiche mit Ausnahme

- der Verfügungsmittel sowie
- nicht zahlungswirksamer Aufwendungen (z. B. bilanzielle Abschreibungen, interne Leistungsverrechnungen etc.)

jeweils zu einem Budget verbunden, sofern nicht andere Deckungsvermerke gemäß § 21 Absatz 2 GemHVO bestehen. Das Gleiche gilt für Ein- und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit.

Zusätzlich werden alle nicht zahlungswirksamen Zuführungen im Personalbereich (wie Pensionsrückstellungen, Altersteilzeitrückstellungen, Beihilferückstellungen) zu einem Budget verbunden.

Die Erträge und Aufwendungen bzw. Einzahlungen und Auszahlungen innerhalb der kostenrechnenden Einrichtungen werden zu jeweils gesonderten Budgets verbunden.

Innerhalb der Budgets sind die Summe der Erträge und die Summe der Aufwendungen für die Haushaltsführung verbindlich.

Gegenseitige Deckungsfähigkeit im investiven Teil des Finanzplanes

Innerhalb eines Auftrages sind die Sachkonten gegenseitig deckungsfähig.

Die Auszahlungsermächtigungen im investiven Teil des Finanzplanes für die Anschaffung von beweglichem Anlagevermögen ober- und unterhalb 410 Euro netto innerhalb eines Fachbereiches einschließlich der Auszahlungsermächtigungen für Festwerte werden grundsätzlich für gegenseitig deckungsfähig erklärt. Ausgenommen von dieser Regelung sind die Fachbereiche 2, 3 und 8. Hier gilt Folgendes:

Im Fachbereich 2 sind die Auszahlungen für die Beschaffung von Hard- und Software im Rahmen des Medienentwicklungsplanes gegenseitig deckungsfähig.

Die Auszahlungsermächtigungen im investiven Teil des Finanzplanes des Fachbereiches 3 für die Anschaffung von beweglichem Anlagevermögen ober- und unterhalb 410 Euro netto innerhalb der Produkte „Bekämpfung von Bränden/Hilfeleistung bei Unglücksfällen“ und „Krankentransport und Rettungsdienst“ sind jeweils gegenseitig deckungsfähig.

Im Fachbereich 8 werden die Auszahlungsermächtigungen im investiven Teil des Finanzplanes für die Anschaffung von beweglichem Anlagevermögen im Bereich der Adlerwarte Berlebeck für gegenseitig deckungsfähig erklärt.

Maßnahmen im Bereich „Sportstätten“ sind gegenseitig deckungsfähig, ebenso alle Maßnahmen des Grunderwerbs im Produkt 001.500.100 (Haus- und Grundstücksservice). Darüber hinaus sind alle Maßnahmen innerhalb der Bereiche „Immobilien“, mit Ausnahme der Beschaffung von Ersatzschulräumen im Schulzentrum Mitte; innerhalb der Bereiche „Kanal- und Gewässerbau/Abwasserbeseitigung“ und sämtliche Maßnahmen im Straßen- und Brückenbau einschließlich der Fußgängerüberwege und Lichtzeichenanlagen und der Straßenbeleuchtung gegenseitig deckungsfähig. Ausgenommen von dieser Regelung sind die Rückzahlungen vorfinanzierter Leistungen im Kanal- und Straßenbau.

Im Produkt „Allgemeine Finanzen“ werden alle Tilgungsleistungen mit Ausnahme der Tilgungsleistungen für Umschuldungen für gegenseitig deckungsfähig erklärt.

Sollten sich außerdem konsumtiv geplante Maßnahmen als investiv herausstellen, gelten diese als ermächtigt.

Unechte Deckungsfähigkeit nach § 21 Absatz 2 GemHVO

Die Mehrerträge/Mehreinzahlungen der nachstehend aufgeführten Produkt-Sachkonten führen zur Erhöhung der Aufwendungs- bzw. Auszahlungsermächtigung der angegebenen Produkt-Sachkonten. Diese Mehraufwendungen oder Mehrauszahlungen gelten **n i c h t** als überplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 83 GO NRW. Darüber hinaus sind sie von der gegenseitigen Deckungsfähigkeit ausgenommen.

Bereich: Allgemeine Finanzen und Beteiligungen

Produkt 016.900.100: Allgemeine Finanzen

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4013000 / 6013000 Gewerbsteuer	5341000 / 7341000 Gewerbsteuerumlage 5342000 / 7342000 Gewerbsteuerumlage - Fonds deutsche Einheit und Länderfinanz- ausgleich
6927340 Einzahlung aus Krediten für Investi- tionen; Umschuldung (Auftrag: X 16089097) Umschuldung Kredite, Einzahlun- gen und Auszahlungen	7927340 Tilgung von Krediten für Investitio- nen; Umschuldung (Auftrag: X 16089097) Umschuldung Kredite, Einzahlun- gen und Auszahlungen

Produkt 015.910.100: Beteiligungen

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4141100 / 6141100 Zuwendung Land -ÖPNV-	5317100 / 7317100 Förderung -ÖPNV-
4141150 / 6141150 Zuwendung Land -ÖPNV- (Ausbildungsverkehr)	5317150 / 7317150 Förderung -ÖPNV- (Ausbildungsverkehr)
4651001 / 6651001 Dividenden 4651002 / 6651002 Gewinnanteile Sparkasse Detmold 4651003 / 6651003 Gewinnanteile DetCon GmbH	5441103 / 7441103 Kapitalertragsteuer

Fachbereich 2: Jugend, Schule, Soziales und Sport

Produkt 006.200.100: Kinder in und außerh. von Tageseinrichtungen und in Tagespflege

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4148001 / 6148001 Spenden	5431128 / 7431128 Sachausgaben aus Spenden
4291100 / 6291100 Zuweisung des Landes für die Weitergabe von Investitionszuschüssen	5391100 / 7391100 Investitionszuschüsse

Produkt 006.210.100: Kinder- und Jugendarbeit, Jugendschutz

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4148001 / 6148001 Spenden	5431128 / 7431128 Sachausgaben aus Spenden
4488260 / 6488260 Erstattung Bildungs- und Teilhabepaket	5431260 / 7431260 Veranstaltungen aus Bildungs- und Teilhabepaket

Produkt 006.220.100: Hilfen zur Erziehung

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4141013 / 6141013 Zuweisung von Gerichten, Erstattung von Strafgeldern	5331571 / 7331571 Projektbezogene Sachkosten - Jugendgerichtshilfe -
4148001 / 6148001 Spenden	5431128 / 7431128 Sachausgaben aus Spenden

Produkt 005.230.300: Hilfen in außergewöhnlichen Situationen (ASD)

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4147003 / 6147003 Spenden für Hilfsbedürftige von privaten Unternehmen	5331001 / 7331001 Zuschuss aus Spendenmitteln
4211000 / 6211000 Ersatz von sozialen Leistungen außerhalb von Einrichtungen	5331182 / 7331182 Zuschüsse für Kinderreiche Familien, Zuschüsse für Notsituationen

Produkt 005.250.200: Fachstelle für Menschen mit Behinderung im Beruf

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4142001 / 6142001 Zuweisung anteiliger Ausgleichsabgabe durch das Integrationsamt	5331515/ 7331515 Beihilfen nach SGB IX

Produkt 005.250.300: Seniorenarbeit und Förderung der Wohlfahrtspflege

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4488022 / 6488022 Einnahmen aus Veranstaltungen - Seniorenwoche	5291402 / 7291402 Seniorenwoche und Veranstaltungen

Produkt 002.250.400: Ausländerangelegenheiten

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4481007 / 6481007 Erstattung der Kosten für die Rückführung von Ausländern vom Land	5431116 / 7431116 Kosten für die Rückführung von Ausländern

Fachbereich 3: Bürgerservice, Ordnung, Feuerwehr und Rettungsdienst

Produkt 002.300.100: Melderegister und Personaldokumente

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4311006 / 6311006 Verwaltungsgebühren – Führerscheine	5232004 / 7232004 Kreisanteil Führerscheine

Produkt 002.320.100: Bekämpfung von Bränden, Hilfeleistung bei Unglücksfällen

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4148001 / 6148001 Spenden	5431128 / 7431128 Sachausgaben aus Spenden

Produkt 002.320.200: Vorbeugender Brandschutz

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4321117 / 6321117 Gebühren freiwillige Feuerwehr	5421006 / 7421006 Kostenerstattung freiwillige Feuerwehr

Produkt 002.330.050: Krankentransport und Rettungsdienst

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4321103 / 6321103 Gebühren Leitstelle	5232001 / 7232001 Weiterleitung Leitstellengebühr an den Kreis Lippe

Fachbereich 5: Tiefbau und Immobilienmanagement

Produkt 001.500.100: Haus- und Grundstückservice

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4487001 / 6487001 Erstattung durch Haftpflichtschaden - Ausgleich	5441301 / 7441301 Abgeltung von Haftpflichtschäden

Produkt 012.510.100: Planung und Bau von Straßen

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4141029 / 6141029 Zuweisung vom Land -Breitbandversorgung-	5391105 / 7391105 Investitionszuschuss -Breitbandversorgung-
6811303 Zuwendung Land -Fuß- und Rad- wege- (Auftrag: S 12085106) Fuß- und Radwegenetz	7852100 Auszahlungen für Tiefbaumaßnahmen Straßen etc. (Auftrag: S 12085106) Fuß- und Radwegenetz

Fachbereich 6: Stadtentwicklung

Produkt 009.600.100: Städtebauliche Planung

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4488036 / 6488036 Kostenerstattung Planungskosten	5291411 / 7291411 Untersuchungen, Gutachten und Fachpläne für Bauleitpläne für Externe

Produkt 014.620.100: Umweltschutz

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4488009/ 6488009 Erstattung der Ersatzvornahmekosten	5291401 / 7291401 Ersatzvornahmen
4591005 / 6591005 Ausgleichszahlungen nach der Baumschutzsatzung	5221004 / 7221004 Pflanzung von Bäumen, Gehölzen und Klettergewächsen

Fachbereich 8: Kultur, Tourismus, Marketing und Bildungseinrichtungen

Produkt 004.800.100: Kultur

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4141015 / 6141015 Zuweis. d. Landes –Straßentheaterfest.-	
4141016 / 6141016 Zuweisungen des Landes für Kunst- und Kulturförderung	
4142015 / 6142015 Zuweis. d Kreises –Straßentheaterfest.-	
4145001 / 6145001 Sponsorengelder v. verb. Unternehmen	5499036 / 7499036 -Straßentheaterfestival-
4146002 / 6146002 Sponsorengelder von öffentlichen Sonderrechnungen	5431022 / 7431022 Sachaufwand Veranstaltungen In- door
4147005 / 6147005 Sponsorengelder von privaten Unter- nehmen -Straßentheaterfestival-	5499035 / 7499035 Detmolder Sommer
4148004 / 6148004 Sponsorengelder und sonstige Beiträge	
4321215 / 6321215 Standgelder -Straßentheaterfestival-	
4591008 / 6591008 Entgelte aus Veranstaltungen Indoor	
4591012 / 6591012 Entgelte aus Veranstaltungen Outdoor	
4148111 / 6148111 Sponsorengelder Detmolder Advent	5499111 / 7499111 Kulturprogramm Detmolder Advent

Produkt 015.820.100: Marketing

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4148111 / 6148111 Sponsorengelder Detmolder Advent	5499111 / 7499111 Detmolder Advent

Produkt 004.830.100: Adlerwarte

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4147004 / 6147004 Werbekostenzuschüsse	5431300 / 7431300 Drucksachen 5499044 / 7499044 Werbung
4148001 / 6148001 Spenden	5431128 / 7431128 Sachausgaben aus Spenden
4148008 / 6148008 Patenschaften	5431151 / 7431151 Aufwendungen / Auszahlungen aus Patenschaften
4421007 / 6421007 Einnahmen aus Verkauf - Kiosk-	5431130 / 7431130 Wareneinkauf - Kiosk -

Produkt 001.840.100: Städtepartnerschaften

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4140005 / 6140005 Zuwendungen Bund 4141000 / 6141000 Zuweisungen Land 4148002 / 6148002 Zuweisungen der Europäischen Kommission 4488015 / 6488015 Erstattungen Dritter	5431132 / 7431132 Städtepartnerschaften
4148001 / 6148001 Spenden	5431128 / 7431128 Sachausgaben aus Spenden

Produkt 004.860.100: Stadtbücherei

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4148001 / 6148001 Spenden	5431128 / 7431128 Sachausgaben aus Spenden

Produkt 004.880.100: Musikschule

Mehrerträge / Mehreinzahlungen	Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen
4148001 / 6148001 Spenden	5431128 / 7431128 Sachausgaben aus Spenden

Produktplan Fachbereich 03
Bürgerservice, Ordnung, Feuerwehr und Rettungsdienst

Produktgruppe		Produkt	
300	Bürgerberatung	050	Telefon-Servicecenter
		100	Melderegister und Personaldokumente
		200	Hundesteuer, Sozialpässe, Fundsachen
		300	Wahlen und Statistik
		400	Rentenversicherungsangelegenheiten
		500	Gewerbe
		600	Märkte
310	Ordnungsangelegenheiten	100	Allgemeine öffentliche Sicherheit und Ordnung
		200	Parkraumbewirtschaftung und Überwachung
320	Feuerwehr	100	Bekämpfung von Bränden, Hilfeleistung bei Unglücksfällen
		200	Vorbeugender Brandschutz
330	Krankentransport und Rettungsdienst	050	Krankentransport und Rettungsdienst
340	Standesamtsangelegenheiten	100	Personenstandswesen
		200	Einbürgerungen

Planungsreport 2015

Fachbereich 03 Bürgerservice, Ordnung, Feuerwehr und Rettungsdienst

I. Ausgangslage

Der Fachbereich Bürgerservice, Ordnung, Feuerwehr und Rettungsdienst gliedert sich in die Produktgruppen

1. Bürgerberatung	Produktgruppe 300
2. Ordnungsangelegenheiten	Produktgruppe 310
3. Feuerwehr	Produktgruppe 320
4. Krankentransport und Rettungsdienst	Produktgruppe 330
5. Standesamtsangelegenheiten	Produktgruppe 340

und hat ab 2015 nur noch 14 Produkte. Die Produkte Transport von Kranken und Transport von Notfallpatienten sind zu einem Produkt zusammengefasst worden.

Derzeit sind 125 (Teams 3.1 bis 3.3: 54, Team 3.4: 71) Mitarbeiter/innen im Fachbereich beschäftigt. Davon sind 28 (Teams 3.1 bis 3.3: 25, Team 3.4: 3) Mitarbeiter/innen in Teilzeit beschäftigt. Die Schwerbehindertenquote wird durch die z. Zt. 8 (Teams 3.1 bis 3.3: 6, Team 3.4: 2) schwerbehinderten Mitarbeiter/innen bei 6,4 % liegen. Darüber hinaus wirken über 300 ehrenamtliche Feuerwehrkräfte in der Produktgruppe Feuerwehr mit.

Die Personalentwicklung und -kosten werden in den einzelnen Produkten erläutert.

Für den Bereich Feuerschutz hält die Stadt Detmold neben der Feuer- und Rettungswache Detmold sieben weitere Feuerwehrgerätehäuser mit entsprechender Feuerwehrinfrastruktur zur Sicherung bzw. Erfüllung der Feuerschutzaufgaben auch in den Ortsteilen vor.

Der Brandschutzbedarfsplan aus dem Jahr 2001/2002 ist nach den festgestellten Erfordernissen und Zielsetzungen zuletzt mit Ratsbeschluss vom 20.09.2007 fortgeschrieben worden. Die aktuelle Überarbeitung des Brandschutzbedarfsplans ist vom Rat am 18.12.2013 beschlossen worden. Die möglichen Auswirkungen sind im Haushalt 2015 und diesem Planungsreport dargestellt.

Die Stadt Detmold ist für ihr Gebiet selbst Träger einer Rettungswache und gleichzeitig Träger rettungsdienstlicher Aufgaben. Der Kreis als Träger des Ret-

tungsdienstes organisiert den Rettungsdienst und Krankentransport im übrigen Kreisgebiet. Maßgebend hierfür ist der vom Kreis Lippe aufzustellende Rettungsbedarfsplan. Der Kreis Lippe hat die erforderliche Aktualisierung des Rettungsbedarfsplanes durch den Kreistag mit Wirkung vom 01.01.2011 beschlossen.

Im Jahr 2015 erfolgt durch den Kreis Lippe eine planmäßige Überarbeitung des Rettungsbedarfsplans. Aufgrund der Verringerung der Fallzahlen im Bereich des Krankentransports und der Fallzahlen im Bereich der Notfallrettung kann es zu Veränderungen der entsprechenden Rettungsmittel im neuen Rettungsbedarfsplan kommen. Die Auswirkungen werden erst im Laufe des Jahres 2015 bekannt und können somit im Haushalt 2015 nicht dargestellt werden.

- Anmerkung zum Ergebnis 2013 -

In den Ergebnis- und Finanzplänen wird der Entwurf des Jahresabschlusses 2013 vom 28.11.2014 ausgewiesen.

II. Teilergebnisplan

Die Daten des Teilergebnisplanes sehen wie folgt aus:

Ordentliche Erträge		
2015:	5.560.633 Euro	2014: 5.191.301 Euro
Ordentliche Aufwendungen		
2015:	9.182.209 Euro	2014: 8.819.692 Euro
Ordentliches Ergebnis		
2015:	- 3.621.576 Euro	2014: - 3.628.391 Euro
Erträge aus internen Leistungsbeziehungen		
2015:	344.397 Euro	2014: 305.714 Euro
Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen		
2015:	2.173.148 Euro	2014: 1.896.115 Euro
Ergebnis		
2015:	- 5.450.327 Euro	2014: - 5.218.792 Euro

Erträge und Aufwendungen werden nur noch zur Erhöhung und Minderung des Eigenkapitals dargestellt. So gibt es z. B. im Gegensatz zur alten Kameralistik seit 2008 Auflösungen von Rückstellungen und Sonderposten auf der Ertragsseite und Zuführungen zu Rückstellungen für Pensionen und Beihilfen für aktive Beamte auf der Aufwandsseite. Kalkulatorische Kosten werden nicht mehr dargestellt.

II / 1 Produktgruppe 300 – Bürgerberatung

Die Produktgruppe besteht aus sieben Produkten. Das Telefon Servicecenter und die Bürgerberatung sind u. a. die ersten Anlaufstellen für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt. Das Telefon Servicecenter hat pro Monat im Durchschnitt über 5.000 Anrufe. Die Bürgerberatung wird pro Tag von bis zu 600 Personen aufgesucht. Beide Bereiche sind damit ein Aushängeschild der Verwaltung.

Das Konzept der Bürgerberatung wird ständig weiterentwickelt, um auch in Zukunft ein anspruchsvolles Dienstleistungszentrum zu bleiben. Das Aufrufsystem wurde daher um eine konkrete Terminvergabe erweitert. In 2015 werden die ersten Erfahrungen mit der Terminvergabe ausgewertet.

Der kostenpflichtige Leistungsumfang in der Produktgruppe ist nachfrageabhängig und bei den Sondernutzungen auch witterungsabhängig und damit nur schwer planbar. Das Meldewesen, die Ausstellung von Personaldokumenten, Gewerbemeldungen, Erlaubnisse nach dem Gaststättengesetz, Auskünfte aus dem Gewereregister und Sondernutzungen beinhalten mit die stärksten Leistungsumfänge. Diese Produkte sind nachfrageabhängig. Damit sind zugleich die saisonalen Schwankungen erklärbar.

Die Erträge der Produktgruppe werden vor allem durch die Verwaltungsgebühren für die Ausstellung von Personaldokumenten erzielt. Die Darstellung der Erträge durch die Hundesteuer erfolgt im Fachbereich 1 im Produkt Zentrale Finanzen. Zum 01.01.2015 ist die Erhöhung der Hundesteuer umgesetzt worden, da seit 1988 keine Erhöhung mehr erfolgt ist. Die Verbraucherpreise in NRW sind seitdem um rund 60 % gestiegen. Durch die Erhöhung würde Detmold bezogen auf NRW ins Mittelfeld aufrücken.

Der jährliche Aufwendungsersatz für die Unterbringung von Fundtieren durch das Tierheim Detmold wurde für 2015 auf 36.500 Euro erhöht und erhöht sich pro Jahr um die Lebenshaltungskosten.

In 2013 ist eine Organisationsuntersuchung mit Hilfe der Stadt Lemgo durchgeführt worden. Es sollte hierbei festgestellt werden, wie sich die Aufgaben verändert haben und ob die Stellenbemessung noch mit den Aufgaben übereinstimmt. Das Ergebnis ist Mitte 2014 präsentiert worden. Die Umsetzung dieser Organisationsuntersuchung begann in 2014. So wurde z. B. die Änderung der Öffnungszeiten ab September 2014 erprobt. Die Auswertung und Bewertung dieser Änderungen wird in 2015 erfolgen.

Das Team 3.1 ist zum 01.01.2015 in zwei kleinere Einheiten umstrukturiert worden. Die beiden Teamleitungen werden auch weiterhin eng zusammenarbeiten und sich auch teilweise gegenseitig vertreten.

Zum 01.11.2015 soll ein neues Bundesmeldegesetz die alten Landesgesetze ablösen. Wesentliche Änderungen sollen u. a. die länderübergreifenden Zugriffe auf die Meldedaten sein und die Wiedereinführung der Mitwirkungspflichten der Vermieter.

II / 2 Produktgruppe 310 – Ordnungsangelegenheiten

Der Leistungsumfang ist abhängig vom Ordnungsverhalten der Bürger/innen und von der Nachfrage nach Parkflächen.

Im Ordnungsbereich ist in 2013 eine zentrale Anlaufstelle für Outdoor-Veranstaltungen eingerichtet worden, die einen erheblichen zeitlichen Aufwand erforderlich machen. In Zusammenarbeit mit den beteiligten eigenen Fachbereichen und Behörden (wie z. B. Polizei und Kreis Lippe), werden hier Veranstaltungen abgesprochen, geprüft und koordiniert. Diese Vorgehensweise hat sich bewährt. Vor Ort sind Überprüfungen notwendig. Die Zahl der zu überprüfenden Veranstaltungen ist in letzter Zeit gestiegen.

Erträge werden vor allem aus den Parkvorgängen an Straßen und Plätzen und aus dem Bereich der Verkehrsüberwachung erzielt. Durch die Ausweitung der bewirtschafteten Parkflächen wird hier Potenzial gegenüber dem Rechnungsergebnis 2013 für die Erhöhung von Erträgen gesehen.

Der Bußgeldkatalog ist in 2013 geändert worden. Durch die Anhebung des Bußgeldrahmens sind Mehreinnahmen in diesem Bereich erreicht worden. Es sind dadurch auch die Einnahmen aus der Parkraumbewirtschaftung gestiegen.

Durch die Möglichkeit des „Handyparkens“ mit dem Parkfoxx-System wird den Bürgern seit 2009 ein innovativer Service geboten. 625 Bürgerinnen und Bürger waren Mitte 2014 angemeldet. Zum gleichen Zeitpunkt waren es noch in 2010 280.

Für das Handyparken gibt es jetzt eine App für das Handy, mit der man einfacher als früher das Parken durchführen kann. Früher mussten sich die Bürger registrieren lassen und dann bei Parkbeginn und Parkende anrufen. Heute vereinfacht die App das Parken, in dem diese App nur kurz aufgerufen wird, selbst den Parkplatz ortet, an die Parkzeit erinnert und genau so einfach beendet werden kann. Der Grund für eine Erhöhung der Teilnehmerzahlen in 2014 mag auch darin liegen, dass eine vorherige Registrierung jetzt entfällt.

Schwerpunkt der Ausgaben liegt z. B. bei der Beseitigung von Störungen der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung. Hierbei sind vor allem die Ausgaben für die Abwicklung von Sterbefällen, bei denen sich zunächst keine Angehörigen um die Bestattung kümmern, beträchtlich. Es ist nicht möglich, bei allen Sterbefällen Angehörige zu ermitteln, denen nachträglich die Bestattungskosten in Rechnung gestellt werden können.

Nach den Erfahrungen mit dem NRW-Tag 2012 ist es möglich, Pläne für einen Krisen- und Katastrophenfall zu erstellen. Ein Krisenmanagement ist daher entwickelt worden. Ein detaillierter Plan für einen Krisenstab und Stab für außergewöhnliche Ereignisse der Stadtverwaltung ist in 2014 erstellt worden. In 2014 wurden erste Gespräche mit den beteiligten Fachbereichen begonnen. In 2015 werden weitere Feinabsprachen zwischen allen Beteiligten erfolgen, da-

mit die Einrichtung eines Stabes für außergewöhnliche Ereignisse der Stadtverwaltung in 2015 erfolgen kann.

II / 3 Produktgruppe 320 - Feuerwehr

Die Detmolder Feuerwehr wird im Jahre 2015 voraussichtlich zu insgesamt ca. 460 Einsätzen sowohl im Bereich Brandschutz (200) als auch zur technischen Hilfeleistung (260) gerufen werden.

Um auf Schadens- bzw. Großschadensereignisse vorbereitet zu sein, haben die Städte gem. § 22 des Feuerschutzhilfegesetzes (FSHG NW) vom 10.02.1998 unter der Beteiligung der Feuerwehr Brandschutzbedarfspläne aufzustellen und fortzuschreiben.

Der aktuelle Brandschutzbedarfsplan vom 18.12.2013 zeigt auf, welche Leistungen heute mit welchen Mitteln erzielt und welcher Leistungsumfang unter Berücksichtigung der individuellen Gefahrensituationen in Detmold unabdingbar sichergestellt werden müssen.

Des Weiteren wird deutlich gemacht, welche Mindestvoraussetzungen vorhanden sein müssen, damit straf- und haftungsrechtliche Konsequenzen für die Verantwortlichen auf jeden Fall ausgeschlossen werden.

Der Brandschutzbedarfsplan und die hieraus abgeleiteten Maßnahmen stellen ein Planungsergebnis dar, was zum einen Schutzziele mit einem bestmöglichen Sicherheitsniveau festlegt und damit das Risikopotential für die Detmolder Bevölkerung minimiert und zum anderen eine effiziente Entwicklung im Feuerwehrbereich ermöglicht.

Inhaltlich ist die Neustrukturierung der Feuerwehr und die Überprüfung von Standorten für Löschgruppen /-züge und Gerätehäuser als Schwerpunkt von besonderer Bedeutung.

Für die Löschgruppe Pivitsheide ist aus einsatztaktischer und feuerwehrtechnischer Sicht ein neues Feuerwehrgerätehaus zu bauen. In Abstimmung mit den Fachbereichen 5 und 6 sind die notwendigen planerischen Voraussetzungen sowie der Standort in 2014 geklärt worden. Die Baumaßnahme ist für das Jahr 2015 vorgesehen.

Mit dem vom Rat am 18.12.2013 beschlossenen Brandschutzbedarfsplan wurde im Jahr 2014 das hauptamtliche Personal aufgestockt. Im 24 Stunden Dienst wird die hauptamtliche Staffel (6 Kräfte) sichergestellt. Zusätzlich erfolgt seit dem 01.08.2014 im Tagesdienst (werktäglich von 7.00 bis 17.00 Uhr) die Aufstockung zur Gruppe (insgesamt 9 Kräfte). Außerhalb der genannten Tageszeiten sowie am Wochenende und an Feiertagen, erfolgt die Aufstockung der Gruppe durch die ehrenamtlichen Kräfte. Diese Änderung wurde erforderlich, da aufgrund der allgemeinen Rahmenbedingungen, wie der Verkehrs- und Beschäftigungssituation, das Schutzziel 1, Eintreffen der Gruppe innerhalb von 8

Minuten nach Alarmierung, während der allgemeinen Arbeitszeiten nicht mehr erreicht werden konnte.

Für den Ausbau der 3 Funktionen im Tagesdienst sind insgesamt 5 Feuerwehkräfte zusätzlich erforderlich. Die erforderlichen Einstellungen wurden im Jahr 2014 vorgenommen. Im Personalbudget 2015 sind 244.062 € zusätzlich enthalten.

Bei der Umsetzung dieser Maßnahme handelt es sich um eine Minimallösung. Das Land NRW fordert in der Regel die hauptamtliche Gruppenwache mit 9 Funktionen im Schichtdienst. In diesem Fall müssten die drei Funktionen mit insgesamt 15 Personen, mithin 10 mehr als jetzt vorgeschlagen, besetzt werden.

Für die betriebspsychologische Betreuung der Feuerwehrbeamten durch einen spezialisierten Dienstleister sind ab 2015 ff. jährlich 15.000 € als Aufwand in das Budget aufgenommen.

Brandschutzdienststelle

Aufgrund einer Verfügung der Bezirksregierung Detmold vom 26. Mai 2004 nimmt die Feuerwehr der Stadt Detmold die Aufgaben der Brandschutzdienststelle nach FSHG (Pflichtaufgabe) wahr.

Der Fachbereich 6 (Bauaufsichtsbehörde) hat den Fachbereich 3 Feuerwehr (Brandschutzdienststelle) im Baugenehmigungsverfahren zu beteiligen. Dieses bedeutet in der Praxis eine enge Zusammenarbeit mit der Bauaufsicht.

Die Brandschutzdienststelle hat ihr Augenmerk nicht nur auf Maßnahmen des vorbeugenden Brandschutzes zu richten, sondern insbesondere darauf zu achten, dass im Brandfall die Feuerwehr als abwehrender Brandschutz in die Lage versetzt wird, den gesetzlichen Auftrag aus § 1 Abs. 1 FSHG in Verbindung mit § 17 Abs. 1 BauONW erfüllen zu können. Die Maßnahmen des vorbeugenden baulichen Brandschutzes und die Möglichkeiten der Feuerwehr sind deshalb nicht isoliert voneinander zu sehen, sondern im Rahmen einer integrierten Brandschutzkonzeption zusammenzuführen.

Mit Wirkung vom 01.01.2011 wurde die Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Durchführung der Brandschau in der Stadt Detmold (Brandschau-Gebührensatzung) vom 16.12.2010 durch den Rat beschlossen.

Folgende Punkte sind beispielhaft aufgeführt, die in den Stellungnahmen und Brandschutzkonzepten zu beachten sind:

Löschwasserversorgung, Löschwasserrückhaltung, Aufstell- und Bewegungsflächen, Rettungswege, Bildung von Brandabschnitten.

Die Brandschutzdienststelle ist außerdem zu beteiligen, wenn die zu beachtenden Brandschutzbestimmungen der Landesbauordnung, der dazu erlassenen

Verordnungen, technischen Baubestimmungen und Verwaltungsvorschriften eine Ausübung des Ermessens erfordern.

Im Jahr 2015 werden ca. 165 Stellungnahmen im Rahmen der Umnutzung im Baugenehmigungsverfahren bearbeitet.

Die Feuerwehr hat unter Federführung der ehrenamtlichen Kameraden in 2002 das Projekt Brandschutzerziehung/Brandschutzaufklärung in Kindergärten und Kindertagesstätten ins Leben gerufen. Die Beteiligung und Resonanz ist hervorragend und wird fortgesetzt.

II / 4 Produktgruppe 330 - Krankentransport und Rettungsdienst

Der Einsatzbereich im Krankentransport und Rettungsdienst des Fb 3 erstreckt sich grundsätzlich seit dem 01.01.2004 nur noch auf das Stadtgebiet Detmold. Ausgenommen hiervon ist der reine Krankentransport, der kreisweit durchgeführt wird. In Ausnahmefällen wird nach Anforderung durch die Leitstelle Lippe auch der Rettungsdienst außerhalb von Detmold eingesetzt.

Der Standort ist rund um die Uhr mit hauptamtlichen Kräften besetzt. Die Stadt Detmold wird als Träger einer Rettungswache sowie Träger rettungsdienstlicher Aufgaben im Rettungsdienst weiterhin multifunktional ausgebildetes Personal (Feuerwehr und Rettungsdienst in Personalunion) einsetzen. Dieses hat für Bürgerinnen und Bürger den Vorteil qualitativ besserer Versorgung und ermöglicht im Dienstbetrieb des Fachbereiches 3 erhebliche Variationsmöglichkeiten bezüglich der Arbeitsauslastung für die Mitarbeiter/innen (regelmäßiger Tausch der Funktionen im Feuerschutz und Rettungsdienst).

Die von der Rettungswache Detmold durchgeführten Einsätze werden voraussichtlich im Jahr 2015 insgesamt 7.700 betragen. Hiervon werden voraussichtlich 3.000 Einsätze im Krankentransport und 4.700 Einsätze im Bereich der Notfallmedizin gefahren.

Nach dem derzeitigen Rettungsbedarfsplan (zum 01.01.2011 in Kraft getreten) stehen der Rettungswache Detmold zwei Rettungstransportwagen (jeweils im 24-Stunden-Dienst) und zwei Krankentransportwagen (jeweils montags bis freitags im Tagesdienst) zur Verfügung.

Das Notfallsystem des Kreises Lippe (ohne Fahrzeug LNA) ist seit dem 01.07.2004 im FAZ Lemgo stationiert.

Die bisherigen Produkte 330.100 Transport von Kranken und 330,200 Transport von Notfallpatienten / Herstellung der Transportfähigkeit werden ab dem 01.01.2015 zu einem Produkt 330.050 Krankentransport und Rettungsdienst zusammengefasst. In der Vergangenheit kam es immer wieder zu sehr unterschiedlichen, nicht von hier beeinflussbaren Entwicklungen dieser Produkte. So führten Unterdeckungen in einem Produkt zu Überdeckungen im anderen Produkt. Vor dem Hintergrund, dass beide Produkte gebührenfinanziert sind und

somit im Ertrag und Aufwand ausgeglichen sind hat es sich zur besseren Darstellung angeboten, eine Zusammenlegung vorzunehmen.

Im Bereich des Rettungsdienstes ergeben sich in den kommenden Jahren größere Herausforderungen durch die Einführung des neuen Berufsbildes des Notfallsanitäters. Die Kompetenzen des Notfallsanitäters werden gegenüber den bisherigen Rettungsassistenten erweitert. Damit verbunden ist auch eine Regelausbildungszeit von nunmehr 3 Jahren. Für bisherige Rettungsassistenten besteht die Möglichkeit, je nach Berufserfahrung, eine Weiterqualifizierung vorzunehmen, die von 80 Stunden über 480 Stunden bis zu 960 Stunden betragen wird.

Eine entsprechende Konzeption für das hiesige Vorgehen wird derzeit erarbeitet. Es ist bereits jetzt festzustellen, dass es umfangreiche Ressourcen in personeller und finanzieller Sicht binden wird. Diese werden sich ab dem Jahr 2016 entsprechend darstellen.

II / 5 Produktgruppe 340 – Standesamtsangelegenheiten

Die Anmeldung und Durchführung von Eheschließungen, die Beurkundung von Geburten und Sterbefällen sowie die Durchführung von Einbürgerungen sind die hauptsächlichen Leistungsumfänge.

Von den rd. 370 Eheschließungen pro Jahr sind es rd. 45 Paare, die nicht aus Detmold kommen, dagegen heiraten nur rd. 30 außerhalb von Detmold.

Das Angebot für die Durchführung der Eheschließungen ist damit gut. Seit 2012 werden zusätzlich noch romantische Ambientetrauungen angeboten. Unter dem Motto „anders heiraten vor traumhaften Kulissen“ bewirbt eine in 2014 erstellte Werbebroschüre Trauungen außerhalb der Öffnungszeiten entweder im Trauzimmer des Standesamtes oder in besonderen Örtlichkeiten (LWL-Freilichtmuseum Detmold, Lippisches Landesmuseum Detmold, Stadthalle Detmold und Liebhart´s Detmolder Fachwerkdorf). Diese Eheschließungen finden am Freitagnachmittag und am Samstag statt und werden von z. Zt. 4 Traukräften durchgeführt, die in der Stadtverwaltung noch andere Aufgaben haben.

Die Anzahl der durchgeführten Ambientetrauungen soll in 2015 weiter erhöht werden, um so das Dienstleistungsangebot noch mehr zu steigern. Gleichzeitig könnte dieses Angebot dazu führen, dass auch mehr Paare von außerhalb in Detmold getraut werden und damit die Erträge ein wenig gesteigert werden können.

In den letzten drei Jahren ist die Anzahl der Geburten pro Jahr höher gewesen als die Sterbefälle. Auch für 2015 wird erwartet, dass die Geburten über den Sterbefällen liegen werden, da die Kinder- und Geburtsklinik nach Detmold verlegt wurde. Die Anzahl der auszustellenden Personenstandsunterlagen wird sich kaum gegenüber den Vorjahren ändern.

Erträge und Sachaufwand sind nachfrageabhängig und daher nicht genau planbar.

III. Investitionstätigkeit

Summe der investiven Einzahlungen	156.600 Euro
Summe der investiven Auszahlungen	1.536.200 Euro
Saldo der Investitionstätigkeit	- 1.379.600 Euro

Im investiven Bereich sind Investitionen in Höhe von 1.536.200 Euro eingeplant.

Die Stadt erhält in 2014 vom Land NW zur Förderung des Feuerschutzes eine fachbezogene Pauschale als Investitionspauschale in Höhe von rd.138.600 Euro. Aus der Veräußerung von Sachanlagen werden Erträge in Höhe von 18.000 Euro erwartet.

Übersicht über die Investitionen:

Bürgerberatung

Zahlungen für den Erwerb von Vermögensgegenständen (Ersatzbeschaffung Büromöbel)	3.000 Euro
--	------------

In der Produktgruppe Bürgerberatung ist die Ersatzbeschaffung von Büromöbeln vorgesehen. Nach 20 Jahren Einsatz in der Bürgerberatung wird es notwendig einige Büromöbel u. a. auch Stühle zu ersetzen.

Ordnungsangelegenheiten

Ersatzbeschaffung Festwert Dienst- und Schutzbekleidung Verkehrsüberwachungskräfte	4.000 Euro
Beschaffung von Geräten	200 Euro

In der Produktgruppe Ordnungsangelegenheiten ist neben der Dienstbekleidung auch die Ersatzbeschaffung von Kleingeräten für die Verkehrsüberwachungskräfte vorgesehen.

Feuerschutz 533.000 Euro

Ersatzbeschaffung Festwert von Bekleidung und Ausrüstung für die Übernahme aus der Jugendfeuerwehr in die aktive Wehr	15.000 Euro
Ersatzbeschaffung Festwert von Bekleidung und Ausrüstung	35.000 Euro
Beschaffung von Geräten	108.000 Euro

Beschaffung von Fahrzeugen	335.000 Euro und 150.000 Euro VE in 2015 für 2016
Beschaffung von Sirenen	40.000 Euro

In 2015 werden auf dem Auftragskonto B 02083203/6831050 „Einnahmen aus der Veräußerung von beweglichen Sachen des Anlagevermögens“ einmalig Verkaufserlöse i.H.v. 18.000 € veranschlagt, welche auf der geplanten Veräußerung der in 2015 auszurangierenden Drehleiter beruhen.

Rettungsdienst 378.800 Euro

Ersatzbeschaffung Festwert Bekleidung Kranken- transport und Rettungsdienst	15.000 Euro
Beschaffung von Geräten (u.a. 6 mobile Datenerfassungsgeräte für Fahrzeuge)	73.800 Euro
Beschaffung von Fahrzeugen (1 KTW und 1 RTW)	290.000 Euro

Maßnahmen aus der Änderungsliste 2014

Die im investiven Bereich aus dem Haushalt 2014 bisher nicht verausgabten Mittel, sind in das Haushaltsjahr 2015 übertragen worden. Im Einzelnen sind dies:

<u>Anschaffung von Fahrzeugen:</u> HLF 20 „hauptamtlich“ und LF 20 „Hiddesen“	501.700 Euro
--	--------------

<u>Anschaffung von Geräten:</u> Waschmaschine und Wäschetrockner	25.000 Euro
Digitalfunk	18.000 Euro

<u>Inventar</u> Möbel für Löschzug Remmighausen	2.500 Euro
--	------------

<u>Anschaffung von Fahrzeugen Rettungsdienst</u> KTW Restzahlung	67.000 Euro
---	-------------

Auf Grundlage des aktuellen Brandschutzbedarfsplanes ist u. a. auch ein Konzept zur Veränderung der Fahrzeugstruktur der Feuerwehr erarbeitet worden. Danach ist grundsätzlich vorgesehen, zu einer Vereinheitlichung der Löschgruppenfahrzeuge (LF 20/16) zu gelangen.

Die Gesamtsumme von 335.000 € für die Beschaffung von Fahrzeugen, teilt sich auf in 65.000 € Restzahlung für eine Drehleiter DLK 23/12, 200.000 € für ein TLF 4000, 50.000 € für ein MTF Bentrup und 20.000 € für eine Mulde Abrollcontainer.

Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 150.000 € sind für 2016 eingestellt worden zur Beschaffung des TLF 4000.

Standesamt

Zahlungen für den Erwerb von Vermögensgegenständen (Ersatzbeschaffung Büromöbel) 3.000 Euro

In der Produktgruppe Standesamt ist die Ersatzbeschaffung von Büromöbeln vorgesehen. Nach 20 Jahren Einsatz im Standesamt wird es notwendig einige Büromöbel u. a. auch Stühle zu ersetzen.

IV. Ausblick

Zur Sicherstellung der jederzeitigen Einsatzbereitschaft und unter Berücksichtigung der für den Einsatzfall notwendigen Ausrückstärken, Feuerwehrdienstvorschriften, Rettungsdienstvorschriften sowie der adäquaten Unfallverhütungsvorschriften bedarf es festgelegter Mindestressourcen sächlicher insbesondere auch personeller Art. Bereits in den vergangenen Jahren war der Fb 3 bemüht, innovative Lösungen zur Stabilisierung des hohen Personalkostenanteils zu suchen. In diesem Zusammenhang hat sich die Übernahme der verschiedenen Aufgaben durch multifunktionales Personal (alle Mitarbeiterinnen / Mitarbeiter wirken in allen Produktgruppen mit) grundsätzlich bewährt.

Wie im aktuellen Brandschutzbedarfsplan festgelegt, muss für die Sicherstellung des Feuerschutzes im hauptamtlichen Bereich mindestens eine Staffelfstärke (1/5) vorgehalten werden. Die vom Landesfeuerwehrverband NW geforderte Gruppenstärke (1/8 bzw. 1/9) wird durch den zeitlichen parallelen Einsatz ehrenamtlicher Kräfte der Freiwilligen Feuerwehr Detmold am Wochenende, an Feiertagen und wochentags in der Zeit von 17.00 Uhr bis 7.00 Uhr kompensiert. Von Montag bis Freitag in der Zeit von 7.00 Uhr bis 17.00 Uhr werden hauptamtliche Kräfte diese Aufgabe nach Brandschutzbedarfsplan übernehmen.

Nachfolgende Aufgaben- und Problemstellungen sind vorrangig zu behandeln:

1. Umsetzung des Brandschutzbedarfsplan 2013
2. Umsetzung Rettungsbedarfsplan
3. Personalentwicklung multifunktional und spezifisch im Team 3.4
4. Umsetzung des Notfallsanitätäergesetzes
5. Weitere Umsetzung der Organisationsuntersuchung Bürgerberatung
6. Ordnungsgemäße Durchführung der Landratswahl

7. Weiterführung der Ordnungspartnerschaft mit der Polizei
8. Umsetzung eines Krisenmanagements mit detaillierten Plan für einen Krisenstab und Stab für außergewöhnliche Ereignisse der Stadtverwaltung
9. Erhöhung der Ambientetrauungen im Standesamt

Grundsätzlich wird sich der Fachbereich Bürgerservice, Ordnung, Feuerwehr und Rettungsdienst nach wie vor in Zeiten knapper Ressourcen daran orientieren müssen, was zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgabenstellungen nötig ist. Es gilt, die Qualität der Leistungen zu bewahren und weiterhin kontinuierlich gute Ergebnisse zu erzielen.

Ziele

1. Die Stadt bietet bürgernahe, serviceorientierte Dienstleistungen an zentraler Stelle für die Bürger/innen an.
2. Der Fachbereich stellt die Sicherheit und Ordnung auf allen öffentlichen Straßen und Plätzen sicher und verhindert die Bildung bzw. das Fortbestehen von Angsträumen.
3. Die Detmolder Bevölkerung hat einen angemessenen Brand- und Rettungsschutz.
4. Die Stadt führt ordnungsgemäße und kundenorientierte Standesamtsangelegenheiten durch und wirkt bei der Migration/Integration mit.

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	106.500,32	105.442	140.336	140.314	140.206	140.206
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	4.148.202,88	4.277.709	4.465.319	4.482.550	4.491.665	4.522.916
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	21.512,76	24.300	21.800	21.800	21.800	21.800
+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	213.189,74	239.400	300.878	201.499	295.921	198.744
+ Sonstige ordentliche Erträge	543.391,72	544.450	632.300	632.300	632.300	632.300
= Ordentliche Erträge	5.032.797,42	5.191.301	5.560.633	5.478.463	5.581.892	5.515.966
- Personalaufwendungen	6.091.179,87	6.420.626	6.748.443	6.797.637	6.884.584	6.940.735
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.193.678,04	1.172.080	1.213.160	1.210.610	1.218.310	1.225.110
- Bilanzielle Abschreibungen	309.600,93	360.006	433.111	456.933	466.880	494.817
- Transferaufwendungen	11.564,83	11.140	11.690	11.690	11.690	11.690
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	658.002,49	855.840	775.805	689.065	782.805	684.065
= Ordentliche Aufwendungen	8.264.026,16	8.819.692	9.182.209	9.165.935	9.364.269	9.356.417
= Ordentliches Ergebnis	-3.231.228,74	-3.628.391	-3.621.576	-3.687.472	-3.782.377	-3.840.451
- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2.300,00	0	0	0	0	0
= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-3.233.528,74	-3.628.391	-3.621.576	-3.687.472	-3.782.377	-3.840.451
+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	310.102,00	305.714	344.397	349.622	354.952	360.393
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	1.968.219,99	1.896.115	2.173.148	2.129.074	2.168.785	2.149.932
= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-1.658.117,99	-1.590.401	-1.828.751	-1.779.452	-1.813.833	-1.789.539
= Ergebnis	-4.891.646,73	-5.218.792	-5.450.327	-5.466.924	-5.596.210	-5.629.990

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	VE 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	1.790,00	0	0	0	0	0	0
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	4.182.087,33	4.276.721	4.465.319	0	4.482.550	4.491.665	4.522.916
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	22.024,06	24.350	21.800	0	21.800	21.800	21.800
+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	174.583,79	239.400	300.878	0	201.499	295.921	198.744
+ Sonstige Einzahlungen	525.063,74	544.400	632.300	0	632.300	632.300	632.300
= Einzahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	4.905.548,92	5.084.871	5.420.297	0	5.338.149	5.441.686	5.375.760
- Personalauszahlungen	5.252.438,11	5.157.724	5.500.500	0	5.542.882	5.617.195	5.660.572
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	1.157.427,14	1.165.880	1.194.160	0	1.194.610	1.199.310	1.209.110
- Transferauszahlungen	11.564,83	11.140	11.690	0	11.690	11.690	11.690
- Sonstige Auszahlungen	576.795,70	797.180	712.805	0	622.705	718.805	622.705
= Auszahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	6.998.225,78	7.131.924	7.419.155	0	7.371.887	7.547.000	7.504.077
= Saldo der lfd. Verwaltungstätigkeit	-2.092.676,86	-2.047.053	-1.998.858	0	-2.033.738	-2.105.314	-2.128.317

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	VE 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
+ Einzahl. aus Zuwendungen für Investitionsmaßn.	139.005,21	138.600	138.600	0	138.600	138.600	138.600
+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanl.	0,00	500	18.000	0	500	500	500
= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	139.005,21	139.100	156.600	0	139.100	139.100	139.100
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm. (Kassenwirksamkeit)	344.958,37	1.788.360	1.536.200	150.000	681.360 (150.000)	617.000 (0)	596.360 (0)
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	344.958,37	1.788.360	1.536.200	150.000	681.360	617.000	596.360
= Saldo aus Investitionstätigkeit	-205.953,16	-1.649.260	-1.379.600	-150.000	-542.260	-477.900	-457.260
= Saldo des Teilfinanzplanes nach Investtätigkeit	-2.298.630,02	-3.696.313	-3.378.458	-150.000	-2.575.998	-2.583.214	-2.585.577
= Saldo des Teilfinanzplanes nach Finanztätigkeit	-2.298.630,02	-3.696.313	-3.378.458	-150.000	-2.575.998	-2.583.214	-2.585.577

Kurzbeschreibung

Beantwortung von telefonischen Anfragen von Bürgern/innen

Ziele

Verbesserung der telefonischen Erreichbarkeit der Stadtverwaltung

Auftragsgrundlage

Service für die Bürgerinnen / Bürger und die Unternehmen der Stadt Detmold

Zielgruppe

Alle Einwohner/ innen im Gebiet der Stadt Detmold, Unternehmen und externe Dienststellen

Politisches Gremium

Ausschuss für Bürgerservice, Ordnung, Feuerwehr und Rettungsdienst

Stellen	Einheit	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Stellen	Anz.	6	5	6	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Anzahl erhaltener Anrufe	Anz.	71.000	71.000	71.000	-	-	-
Anzahl der Anrufe außerhalb der Servicezeiten	Anz.	319	350	350	-	-	-
Anzahl Beschwerden und Lob	Anz.	1	-	-	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Anteil des Personalaufwandes am Gesamtaufwand	%	87,03	82,51	83,71	84,03	84,34	84,64
Durchschnittlicher Betriebsaufwand je erhaltenem Anruf	€	3,76	4,28	4,55	-	-	-
Verhältnis Anzahl Anrufe außerhalb der Servicezeiten zu Anzahl erhaltener Anrufe	%	0,45	0,49	0,49	-	-	-

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	123,32	123	123	123	123	123
+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0	12.078	12.199	12.321	12.444
= Ordentliche Erträge	123,32	123	12.201	12.322	12.444	12.567
- Personalaufwendungen	232.608,20	250.706	270.565	276.905	283.371	289.966
- Bilanzielle Abschreibungen	461,28	462	462	462	462	462
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	584,62	615	600	600	600	600
= Ordentliche Aufwendungen	233.654,10	251.783	271.627	277.967	284.433	291.028
= Ordentliches Ergebnis	-233.530,78	-251.660	-259.426	-265.645	-271.989	-278.461
+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	276.178,00	271.038	307.721	312.946	318.276	323.717
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	33.622,21	52.054	51.571	51.572	51.572	51.573
= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	242.555,79	218.984	256.150	261.374	266.704	272.144
= Ergebnis	9.025,01	-32.676	-3.276	-4.271	-5.285	-6.317

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	VE 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	0,00	0	12.078	0	12.199	12.321	12.444
= Einzahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	0,00	0	12.078	0	12.199	12.321	12.444
- Personalauszahlungen	225.988,09	243.380	261.910	0	268.077	274.366	280.781
- Sonstige Auszahlungen	577,07	615	600	0	600	600	600
= Auszahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	226.565,16	243.995	262.510	0	268.677	274.966	281.381
= Saldo der lfd. Verwaltungstätigkeit	-226.565,16	-243.995	-250.432	0	-256.478	-262.645	-268.937

Erläuterungen

Bei der Planung des Leistungsumfangs wurden die Ergebnisse aus 2013 und den ersten 5 Monaten aus 2014 zugrunde gelegt. Für das Jahr 2013 konnten durch den ADV-Service der Stadt rückwirkend Auswertungen zur telefonischen Erreichbarkeit erstellt werden.

Seit Januar 2014 werden die Daten wieder monatlich ausgewertet und stehen damit zeitnah zur Verfügung. Starke Abweichungen bezgl. des Gesamtaufkommens der jährlichen Anrufe sind im Vergleich zu den Vorjahren nicht zu erwarten.

Das TSC ist mit insgesamt 5 Vollzeit-Mitarbeiterinnen besetzt. Eine Veränderung des gesamten Stundenkontingentes ist für das TSC nicht geplant, da zur Aufrechterhaltung der Leistungsfähigkeit immer mind. 3 Mitarbeiterinnen anwesend sein müssen.

Da keine personellen Veränderungen anstehen, ist durch die weitere Qualifizierung der Mitarbeiterinnen im Team mit einer weiteren Steigerung der Servicequalität im Jahr 2015 zu rechnen. Das Service-Angebot des TSC für die gesamte Verwaltung soll weiter ausgebaut werden.

Erträge werden nur aus den Internen Leistungsverrechnungen des Servicecenters erzielt.

Die Sachkosten beschränken sich auf Kosten für Büromaterial und Reisekosten für Weiterbildungen. Der Personalaufwand ist gegenüber 2013 gestiegen. Bezüge- und Tarifierhöhungen sowie die tariflich vereinbarte Aufstockung des LOB-Budgets, Stundenaufstockungen und Langzeiterkrankungen in 2013 führen zu der Differenz zu 2015.

Investitionen sind für 2015 nicht geplant.

Kurzbeschreibung

Annahme, Prüfung, Bearbeitung und Entscheidung der im Leistungsumfang aufgeführten Leistungen

Ziele

Registrierung aller Einwohner/ innen sowie Ausstattung der Zielgruppe mit den erforderlichen, im Leistungsumfang genannten Personaldokumenten

Auftragsgrundlage

Meldegesetz; Bundeszentralregistergesetz; Wehrpflichtgesetz; Lohn- und Einkommenssteuergesetz; Passgesetz; Landesfischereigesetz, Verwaltungsverfahrensgesetz

Zielgruppe

Alle Einwohner/ innen im Gebiet der Stadt Detmold, interne und externe Dienststellen sowie Personen mit einem berechtigten Interesse

Politisches Gremium

Ausschuss für Bürgerservice, Ordnung, Feuerwehr und Rettungsdienst

Stellen	Einheit	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Stellen	Anz.	9,56	8,04	9,37	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Führerscheinanträge	Anz.	130	150	120	-	-	-
Personalausweise inklusive vorläufige	Anz.	5.741	7.000	7.000	-	-	-
Reisepässe inklusive vorläufige	Anz.	2.419	2.700	3.100	-	-	-
Kinderreisepässe inkl. Verlängerungen	Anz.	853	800	550	-	-	-
Fischereischeine	Anz.	288	300	500	-	-	-
Beglaubigungen	Anz.	2.551	2.000	2.600	-	-	-
Summe aller Vorgänge	Anz.	20.022	21.010	22.420	0	0	0
Anzahl der Beschwerden/Lob	Anz.	8	-	-	-	-	-
Führungszeugnisse	Anz.	2.838	3.000	3.500	-	-	-
Auskünfte Gewerbezentralregister	Anz.	200	200	200	-	-	-
Melde- Aufenthaltsbescheinigungen	Anz.	755	1.000	600	-	-	-
Aufenthaltsermittlungen	Anz.	480	500	450	-	-	-
Untersuchungsberechtigungsscheine	Anz.	140	160	100	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Anzahl der An-/Ab- und Ummeldungen	Anz.	12.392	10.700	12.400	-	-	-
Anzahl der Ausstellung von Personaldokumenten	Anz.	9.013	10.500	10.650	-	-	-
durchschnittlicher Betriebsaufwand je Vorgang	€	3,71	3,75	3,53	-	-	-
Anzahl Beschwerden / Vorgänge	%	0,00	-	-	-	-	-

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	458,06	39	448	448	448	448

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	410.024,63	510.000	482.000	482.000	482.000	482.000
+ Sonstige ordentliche Erträge	1.303,10	1.200	1.500	1.500	1.500	1.500
= Ordentliche Erträge	411.785,79	511.239	483.948	483.948	483.948	483.948
- Personalaufwendungen	457.124,82	426.124	502.060	507.081	512.150	517.273
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	37.786,36	38.710	37.900	37.900	37.900	37.900
- Bilanzielle Abschreibungen	2.499,88	1.773	2.848	2.848	2.848	2.848
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	247.276,96	322.600	252.000	252.000	252.000	252.000
= Ordentliche Aufwendungen	744.688,02	789.207	794.808	799.829	804.898	810.021
= Ordentliches Ergebnis	-332.902,23	-277.968	-310.860	-315.881	-320.950	-326.073
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	254.336,55	235.731	256.844	265.831	278.277	280.408
= Ergebnis	-587.238,78	-513.699	-567.704	-581.712	-599.227	-606.481

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	VE 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	416.069,46	510.000	482.000	0	482.000	482.000	482.000
+ Sonstige Einzahlungen	1.197,40	1.200	1.500	0	1.500	1.500	1.500
= Einzahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	417.266,86	511.200	483.500	0	483.500	483.500	483.500
- Personalauszahlungen	447.784,37	419.559	497.310	0	502.283	507.305	512.379
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	37.502,98	38.710	37.900	0	37.900	37.900	37.900
- Sonstige Auszahlungen	247.438,52	322.600	252.000	0	252.000	252.000	252.000
= Auszahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	732.725,87	780.869	787.210	0	792.183	797.205	802.279
= Saldo der lfd. Verwaltungstätigkeit	-315.459,01	-269.669	-303.710	0	-308.683	-313.705	-318.779
+ Einzahl. aus Zuwendungen für Investitionsmaßn.	747,70	0	0	0	0	0	0
= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	747,70	0	0	0	0	0	0
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm.	7.060,63	3.000	3.000	0	3.000	3.000	3.000
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	7.060,63	3.000	3.000	0	3.000	3.000	3.000
= Saldo aus Investitionstätigkeit	-6.312,93	-3.000	-3.000	0	-3.000	-3.000	-3.000
= Saldo des Teilfinanzplanes nach Investitätigkeit	-321.771,94	-272.669	-306.710	0	-311.683	-316.705	-321.779

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamt- ausgabe- bedarf	bisher bereit gest.	RE 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	VE 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Investitionstätigkeit unter der Wertgrenze									
= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0,0	0,0	0,7	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	12,0	0,0	7,1	3,0	3,0	0,0	3,0	3,0	3,0
Saldo unterhalb der Wertgrenze	-12,0	0,0	-6,3	-3,0	-3,0	0,0	-3,0	-3,0	-3,0
Saldo Investitionstätigkeit	-12,0	0,0	-6,3	-3,0	-3,0	0,0	-3,0	-3,0	-3,0

Erläuterungen

Bei der Planung der Leistungsumfänge wurden die Ergebnisse der vergangenen Jahre und des 1. HJ 2014 zugrunde gelegt.

Die Entwicklung in den einzelnen Leistungsumfängen ist im Vergleich zu den Vorjahren unterschiedlich.

Im Bereich der ausgestellten Personalausweise wurde für 2015 keine Aktualisierung zum Jahr 2014 vorgenommen.

Der Planansatz bei den Reisepässen und Kinderreisepässen wird erreicht werden.

Die An-, Um- und Abmeldungen liegen im Plan und sollten auch 2015 erreicht werden.

Die Meldebescheinigungen wurden wie auch schon im Vorjahr im Leistungsumfang auf "gebührenpflichtige Meldebescheinigungen" reduziert, da nur für diese eine definitive Zahl ermittelt werden kann.

Die Ausstellung von Verpflichtungserklärungen ist unverändert. Detmolder Bürgerinnen und Bürger können nach Einkommensüberprüfung eine Person aus bestimmten Ländern zu Besuch einladen, wenn sie finanziell dazu in der Lage sind.

Die Anzahl der Aufenthaltsermittlungen ist von 500 auf 450 Fälle verringert worden, was auch mit der Durchführung von Wahlen und der Personalsituation zu tun hat.

Bei den ordentlichen Erträgen sollten 2015 etwa 484.000 € erreicht werden. Bei den ordentlichen Aufwendungen wird wohl eine Steigerung von rund 36.000 € gegenüber dem Ergebnis 2013 erforderlich sein. Insgesamt wird der Zuschussbedarf aber unter dem vorl. Ergebnis 2013 bleiben.

In 2013 ist eine Organisationsuntersuchung erfolgt Die Umsetzung des Ergebnisses der Organisationsuntersuchung wurde in 2014 durchgeführt. Dies führt u. a. zu höheren Personalkosten gegenüber 2013. Bezüge- und Tariferhöhungen sowie die tariflich vereinbarte Aufstockung des LOB-Budgets und die Umsetzung der Organisationsuntersuchung führen zu der Differenz.

Kurzbeschreibung

Bearbeitung von Anträgen auf TV- und Rundfunkgebührenbefreiung bzw. -ermäßigung; Festsetzung der Hundesteuer unter Berücksichtigung von Befreiungsmöglichkeiten. Fundangelegenheiten. Zusätzliche Dienstleistungsangebote .

Ziele

Festsetzung bzw. Veranlagung zur kommunalen Steuer, Gewährung von sozialen Vergünstigungen, Verwaltung von Fundsachen.

Auftragsgrundlage

Verwaltungsvorschrift zur Befreiung von der Rundfunkgebührenpflicht aus sozialen Gründen; Hundesteuersatzung. Ratsbeschluss; BGB.

Zielgruppe

Alle Personen im Gebiet der Stadt Detmold, die ein TV- oder Rundfunkgerät zum Betrieb bereithalten; alle Hundehalter im Gebiet der Stadt Detmold. Alle Einwohnerinnen und Einwohner im Gebiet der Stadt Detmold und alle internen und externen Dienststellen sowie Rat suchende andere Personen.

Politisches Gremium

Ausschuss für Bürgerservice, Ordnung, Feuerwehr und Rettungsdienst

Stellen	Einheit	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Stellen	Anz.	3,29	2,99	3,25	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Befreiung von Rundfunkbeitragspflicht	Anz.	3.227	3.000	3.000	-	-	-
Anmeldung Hundesteuer	Anz.	348	325	300	-	-	-
Summe der Beschwerden/Lob	Anz.	2	-	-	-	-	-
Abmeldung Hundesteuer	Anz.	385	400	350	-	-	-
EU-Parkausweise	Anz.	203	160	200	-	-	-
Aufnahme von Fundanzeigen	Anz.	418	350	300	-	-	-
Ausgabe von Fundsachen	Anz.	123	100	100	-	-	-
Verlängerung Schwerbehindertenausweise	Anz.	206	200	200	-	-	-
nachrichtlich: Zahl der angemeldeten Hunde in Detmold	Anz.	3.356	3.100	3.350	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Anzahl Beschwerden / Vorgänge	%	0,00	-	-	-	-	-
durchschnittlicher Betriebsaufwand je Vorgang	€	35,2	36,6	42,4	-	-	-
Anzahl Vorgänge Hundesteuer	Anz.	723	750	650	-	-	-
Anzahl Vorgänge Sozialpässe	Anz.	2.157	2.100	2.000	-	-	-
Anzahl Vorgänge Fundsachen	Anz.	541	450	400	-	-	-

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	2.054,03	1.600	1.600	1.600	1.600	1.600
+ Sonstige ordentliche Erträge	5.187,87	7.100	6.700	6.700	6.700	6.700

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
= Ordentliche Erträge	7.241,90	8.700	8.300	8.300	8.300	8.300
- Personalaufwendungen	160.385,58	160.844	176.615	178.381	180.166	181.968
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	16.687,00	25.400	36.900	37.500	38.000	38.600
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	2.616,67	3.900	2.250	5.100	2.250	5.100
= Ordentliche Aufwendungen	179.689,25	190.144	215.765	220.981	220.416	225.668
= Ordentliches Ergebnis	-172.447,35	-181.444	-207.465	-212.681	-212.116	-217.368
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	69.243,01	52.978	57.907	57.855	58.691	58.992
= Ergebnis	-241.690,36	-234.422	-265.372	-270.536	-270.807	-276.360

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	VE 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	2.054,03	1.600	1.600	0	1.600	1.600	1.600
+ Sonstige Einzahlungen	5.594,88	7.100	6.700	0	6.700	6.700	6.700
= Einzahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	7.648,91	8.700	8.300	0	8.300	8.300	8.300
- Personalauszahlungen	155.628,38	156.979	173.017	0	174.747	176.496	178.261
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	16.687,00	25.400	36.900	0	37.500	38.000	38.600
- Sonstige Auszahlungen	2.609,12	3.900	2.250	0	5.100	2.250	5.100
= Auszahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	174.924,50	186.279	212.167	0	217.347	216.746	221.961
= Saldo der lfd. Verwaltungstätigkeit	-167.275,59	-177.579	-203.867	0	-209.047	-208.446	-213.661

Erläuterungen

Hundesteuer

Die Erträge belaufen sich im Rechnungsergebnis 2013 über dem geplanten Ansatz auf 217.158,- €.

Für den Planansatz 2015 dient dieses Ergebnis u.a. als Grundlage. Zum 1.1.2015 wird eine Erhöhung der Hundesteuer umgesetzt.

Tierheimunterstützung

Das Detmolder Tierheim "Tierschutz der Tat" wurde bisher mit einem vertraglich festgelegten Betrag i.H.v. 15.000 € sowie einer projektbezogenen Unterstützung i. H. v. 1.687,- € im Jahr unterstützt. Das Tierheim erhält diesen Betrag in 2 Raten als Aufwendungsersatz für die Aufnahme von Fundtieren aus dem Stadtgebiet Detmold.

Der Rat der Stadt Detmold hat in seiner Sitzung vom 20.03.2014 einstimmig beschlossen, den Aufwendungsersatz für die Unterbringung von Fundtieren im Tierheim Detmold ab dem Jahr 2015 auf einen Betrag von jährlich 36.500,- € (50 Cent/Einwohner) zu erhöhen. Danach erfolgt eine jährliche Anpassung in Höhe des Lebenshaltungsindex.

Die evtl. Mehreinnahmen durch die Veranlagung zur erhöhten Steuer für Hunde gem. § 2 Buchstabe d) und e) der Hundesteuersatzung fließen ebenfalls dem Tierheim zu.

Befreiung von der Rundfunkbeitragspflicht

Die Entscheidung über die Befreiung liegt mittlerweile im Zuständigkeitsbereich der GEZ. Der Aufwand bleibt bestehen, da die Kommunen aufgrund der Bürgernähe weiterhin die Antragsannahme und -weiterleitung sowie eine damit zusammenhängende Beratung anbieten.

Münzkopierer, Fotoautomat und Fundsachen

Die Erträge werden aus Fotokopiergebühren, sowie durch die Nutzungsentschädigung für den Fotoautomaten erzielt. Der Versteigerungserlös ist nur bedingt planbar, da er von Menge und Wertigkeit der zu versteigernden Fundsachen abhängig ist. Der Leistungsumfang wurde aufgrund der Ergebnisse der Vorjahre prognostiziert.

Die Personalkosten haben sich im Vergleich zu den letzten Jahren nur geringfügig um die Bezüge- und Tarifierhöhungen sowie die tariflich vereinbarte Aufstockung des LOB-Budgets verändert.

Kurzbeschreibung

Vorbereitung, Durchführung und Nachbearbeitung von Wahlen; Erstellen von Statistiken

Ziele

Reibungslose Durchführung der Wahlen gewährleisten, die angeforderten und die Pflichtstatistiken zur Verfügung stellen.

Auftragsgrundlage

Bundeswahlgesetz, Landeswahlgesetz, Kommunalwahlgesetz, Europawahlgesetz, Spezialgesetze für die Statistiken.

Zielgruppe

Alle Wahlberechtigten, beteiligte Behörden, Parteien und Wählergruppen; interne und externe Dienststellen, Einzelpersonen.

Politisches Gremium

Ausschuss für Bürgerservice, Ordnung, Feuerwehr und Rettungsdienst

Stellen	Einheit	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Stellen	Anz.	1,00	1,00	0,99	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Wahlen: Anzahl der Wahlberechtigten	Anz.	-	-	60.400	-	-	-
davon intern	Anz.	16	125	125	-	-	-
davon extern	Anz.	7	125	125	-	-	-
Statistische Jahrbücher	Anz.	-	1	1	-	-	-
Anzahl der Beschwerden/Lob	Anz.	5	-	-	-	-	-
Anzahl der durchgeführten Wahlen	Anz.	-	4	1	-	-	-
Anzahl der Einwohner/innen	Anz.	-	74.900	74.912	-	-	-
Anzahl der angeschriebenen Wahlhelfer/innen	Anz.	-	750	650	-	-	-
Anzahl der Absagen der angeschriebenen Wahlhelfer/innen	Anz.	-	125	200	-	-	-
Anzahl der tatsächlichen Wähler/innen	Anz.	-	-	30.000	-	-	-
Anzahl der Briefwählerinnen	Anz.	-	-	8.000	-	-	-
davon Anzahl der für ungültig erklärten Wahlscheine	Anz.	-	-	-	-	-	-
davon Absagen	Anz.	-	-	-	-	-	-
nachrichtlich: Einwohnerzahl (Hauptwohnsitz) zum Stichtag 6 Wochen vor Wahltermin	Anz.	-	74.900	74.912	-	-	-
Anzahl der Wahllokale	Anz.	-	70	68	-	-	-
Gesamtzahl der Mitglieder der Wahlvorstände	Anz.	-	440	440	-	-	-
Statistiken Pflichtstatistiken	Anz.	-	0	-	-	-	-
davon Gesamterhebungen	Anz.	-	0	-	-	-	-
davon repräsentative Erhebungen	Anz.	-	0	-	-	-	-
angeforderte Statistiken	Anz.	23	250	250	0	0	0

Kennzahlen	Einheit	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Anzahl der Beschwerden / Wahlberechtigte	%	-	-	-	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Anzahl Wahlberechtigter bei durchgeführten Wahlen	Anz.	-	-	-	-	-	-
durchschnittlicher Betriebsaufwand je Wahlberechtigten	€	-	-	4,03	-	-	-
Verhältnis Wahlberechtigte zu Einwohner/innen	%	-	-	80,63	-	-	-
Verhältnis tatsächliche Wähler/innen zu Wahlberechtigten	%	-	-	49,67	-	-	-
Verhältnis Briefwähler/innen zu Wahlberechtigten	%	-	-	13,25	-	-	-
Verhältnis Briefwähler/innen zu tatsächlichen Wähler/innen	%	-	-	26,67	-	-	-
Verhältnis angeschriebene Wahlhelfer zu Absagen	%	-	16,67	30,77	-	-	-

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	250	250	250	250	250
+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	51.159,55	36.500	100.000	0	98.200	0
= Ordentliche Erträge	51.159,55	36.750	100.250	250	98.450	250
- Personalaufwendungen	74.721,59	74.633	90.051	75.302	91.861	76.816
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	472,14	0	0	0	0	0
- Bilanzielle Abschreibungen	353,58	380	354	354	175	0
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	48.929,10	100.620	79.000	1.000	96.000	1.000
= Ordentliche Aufwendungen	124.476,41	175.633	169.405	76.656	188.036	77.816
= Ordentliches Ergebnis	-73.316,86	-138.883	-69.155	-76.406	-89.586	-77.566
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	37.373,18	66.136	74.078	18.902	50.399	18.884
= Ergebnis	-110.690,04	-205.019	-143.233	-95.308	-139.985	-96.450

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	VE 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	250	250	0	250	250	250
+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	38.260,90	36.500	100.000	0	0	98.200	0
= Einzahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	38.260,90	36.750	100.250	0	250	98.450	250
- Personalauszahlungen	50.577,36	50.865	66.457	0	51.472	67.793	52.507
- Sonstige Auszahlungen	48.914,01	100.620	79.000	0	1.000	96.000	1.000
= Auszahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	99.491,37	151.485	145.457	0	52.472	163.793	53.507
= Saldo der lfd. Verwaltungstätigkeit	-61.230,47	-114.735	-45.207	0	-52.222	-65.343	-53.257
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm.	472,14	0	0	0	0	0	0
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	472,14	0	0	0	0	0	0
= Saldo des Teilfinanzplanes nach Investitionstätigkeit	-61.702,61	-114.735	-45.207	0	-52.222	-65.343	-53.257

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamt- ausgabe- bedarf	bisher bereit gest.	RE 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	VE 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Investitionstätigkeit unter der Wertgrenze									
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,0	0,0	0,5	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Saldo Investitionstätigkeit	0,0	0,0	-0,5	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0

Erläuterungen

Statistik:

Der Plan mit 250 Statistiken wurde aufrecht erhalten. Die Aufgaben der Statistikstelle sind unterteilt in einen allgemeinen Bereich und einen Bereich, der aufgrund der Sensibilität der erhobenen Daten einer besonderen Abschottung bedarf. Die Aufgaben einer abgeschotteten Statistikstelle werden für die Stadt im Rahmen einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung durch den Kreis Lippe wahrgenommen. Die verbliebenen allgemeinen Aufgaben werden fachgebietsintern übernommen.

Wahlen:

Plandaten für die in 2015 angesetzten bzw. möglichen Wahlen:

Wahl des Landrats (Termin: 13.09.15): 60.400 Wahlberechtigte, 30.000 Wähler, davon 8.000 Briefwähler.

Evtl. Stichwahl: Daten wie oben.

Nach den Werten aus der Bundestagswahl 2013 bzw. der Europa- und Kommunalwahl 2014 ist mit einer weiter steigenden Zahl von Briefwahlanträgen bei gleichbleibender bzw. sogar sinkender allgemeiner Wahlbeteiligung zu rechnen.

Ab 2013 sind die Kosten für das ADV-Wahlprogramm und die Portokosten für das Briefwahlgeschäft dem Fb 1 zugeordnet und werden im Produkt Wahlen und Statistik nur noch als Interne Leistungsverrechnungen dargestellt. Die Personalkosten sind um die Kosten für 4 Wahlhelfer für 7 Wochen erhöht worden.

Zensus:

Die ersten Ergebnisse des Zensus 2011 stehen seit Anfang 2014 beim Kreis Lippe den Städten und Gemeinden zur weiteren Auswertung zur Verfügung.

Kurzbeschreibung

Umfassende Beratung der Hilfesuchenden über die individuellen Rechte und Pflichten in Rentenangelegenheiten

Ziele

Bürger/innen bei der Geltendmachung der Rechte behilflich sein und für umfassende Information sorgen

Auftragsgrundlage

§ 15 Sozialgesetzbuch Teil 1 (SGB I) und Spezialgesetze

Zielgruppe

Alle Bürger/ innen im Bereich der Stadt Detmold

Politisches Gremium

Ausschuss für Bürgerservice, Ordnung, Feuerwehr und Rettungsdienst

Stellen	Einheit	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Stellen	Anz.	2,37	2,55	2,50	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Anträge auf Rente	Anz.	946	1.200	1.400	-	-	-
Anträge auf Kontenklärung	Anz.	446	1.200	1.300	-	-	-
Zeugenerklärungen	Anz.	4	2	3	-	-	-
Anträge auf Kuren	Anz.	10	3	5	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Anzahl der Beschwerden / Gesamtzahl der Beratungen	%	-	-	-	-	-	-
Anzahl der Rentenberatungsgespräche	Anz.	3.230	3.600	3.700	-	-	-
durchschnittlicher Betriebsaufwand je Vorgang	€	21,77	26,92	21,10	-	-	-
Verhältnis Vorgänge zu Einwohner/innen in Detmold	%	6,95	6,74	8,55	-	-	-

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
- Personalaufwendungen	110.878,75	133.600	132.939	134.269	135.610	136.968
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	2.351,07	2.360	2.300	2.300	2.300	2.300
= Ordentliche Aufwendungen	113.229,82	135.960	135.239	136.569	137.910	139.268
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	33.722,71	27.326	28.759	28.483	28.498	28.819
= Ergebnis	-146.952,53	-163.286	-163.998	-165.052	-166.408	-168.087

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	VE 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
- Personalauszahlungen	104.573,30	128.202	128.189	0	129.471	130.765	132.074
- Sonstige Auszahlungen	2.335,98	2.360	2.300	0	2.300	2.300	2.300

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	VE 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
= Auszahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	106.909,28	130.562	130.489	0	131.771	133.065	134.374

Erläuterungen

Für die Planung des nachfrageabhängigen Leistungsumfanges in 2015 wurden die Ergebnisse der letzten Jahre herangezogen.

Bei den Rentenanträgen ist jedoch ein Anstieg zu erwarten, da ab 01.07.2014 zwei neue Rentenarten eingeführt wurden, wodurch viele Versicherte vorzeitig rentenberechtigt sind.

Ferner lässt der Kreis Lippe die Hinterbliebenenrenten und Renten ausländischer Bürger überprüfen, so dass auch hier mit weiteren Rentenanträgen zu rechnen ist.

Durch die Gesetzesänderung erhöht sich auch der Bedarf bei Beratungsgesprächen und Kontenklärungen.

Bei den Zeugenerklärungen und Kuranträgen ist, wie auch in den Vorjahren, kein Anstieg zu erwarten.

Erträge aus den Sachaufgaben gibt es im Produkt nicht.

Da die Rentenstelle zurzeit aufgrund der Langzeiterkrankung einer Kollegin nur mit 2 Stellen in Teilzeit besetzt ist, lassen sich trotz Terminvergabe längere Wartezeiten nicht vermeiden.

Durch die Langzeiterkrankung einer Kollegin sind die Personalkosten im Ergebnis 2013 geringer als für die Folgejahre geplant. Die Personalkosten in 2015 liegen im Vergleich zu 2013 um 23.000 Euro höher und damit, abgesehen von den Tarifierhöhungen sowie die tariflich vereinbarte Aufstockung des LOB-Budgets, auf dem gleichen Niveau wie in 2014.

Kurzbeschreibung

Erlaubniserteilung sowie Unterbindung und Ahndung von Verstößen gegen Rechtsnormen der Auftragsgrundlage

Ziele

Sicherstellung einer geordneten Gewerbeausübung im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften; Steigerung des Freizeit- und Informationsangebotes in der Innenstadt

Auftragsgrundlage

Gewerbeordnung, Gaststättengesetz; Straßen- und Wegegesetz, Preisangabenverordnung, Sondernutzungssatzung

Zielgruppe

Gewerbetreibende im Gebiet der Stadt Detmold sowie alle Einwohner/ innen im Gebiet der Stadt Detmold

Politisches Gremium

Ausschuss für Bürgerservice, Ordnung, Feuerwehr und Rettungsdienst

Stellen	Einheit	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Stellen	Anz.	1,78	1,78	1,77	–	–	–

Leistungen	Einheit	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Sondernutzungen kommerziell schriftlich	Anz.	310	350	350	–	–	–
Sondernutzungen kommerziell mündlich	Anz.	623	650	550	–	–	–
Sondernutzungen nicht kommerziell	Anz.	207	200	250	–	–	–
Sonderveranstaltungen Kronenplatz	Anz.	13	14	13	–	–	–
Anzahl der Beschwerden/Lob	Anz.	5	–	–	–	–	–
Gewerbeuntersagungen	Anz.	16	25	20	–	–	–
Erlaubnisse nach dem GastG	Anz.	118	100	120	–	–	–
Versagungen nach dem GastG	Anz.	1	2	1	–	–	–
Überwachung Preisauszeichnung	Anz.	24	40	30	–	–	–
Anzahl der Beanstandungen	Anz.	9	0	5	–	–	–

Kennzahlen	Einheit	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Anzahl Beschwerden / Gesamtzahl der Vorgänge	%	0,00	–	–	–	–	–
Beanstandungen zu überprüften Getränkeschankanlagen	%	0,00	0,00	–	–	–	–
Beanstandungen zu überwachten Preisauszeichnungen	%	0,38	0,00	0,17	–	–	–
durchschnittlicher Betriebsaufwand je Vorgang	€	40,04	39,95	40,92	–	–	–
Anzahl der Gewerbemeldungen	Anz.	1.516	1.400	1.500	–	–	–
Auskünfte aus dem Gewerberegister	Anz.	867	800	850	–	–	–

Teilergebnisplan	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Ertrags- und Aufwandsarten in €						
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	165.356,90	175.000	175.000	175.000	175.000	175.000
+ Sonstige ordentliche Erträge	2.652,50	7.000	6.000	6.000	6.000	6.000

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
= Ordentliche Erträge	168.009,40	182.000	181.000	181.000	181.000	181.000
- Personalaufwendungen	109.126,73	112.905	116.775	117.943	119.124	120.315
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	10	0	0	0	0
- Bilanzielle Abschreibungen	1.952,14	0	0	0	0	0
- Transferaufwendungen	1.643,63	1.100	1.650	1.650	1.650	1.650
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	1.571,79	1.940	1.540	1.540	1.540	1.540
= Ordentliche Aufwendungen	114.294,29	115.955	119.965	121.133	122.314	123.505
= Ordentliches Ergebnis	53.715,11	66.045	61.035	59.867	58.686	57.495
+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	28.630,00	26.676	28.676	28.676	28.676	28.676
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	33.999,68	27.021	29.549	29.161	29.125	29.406
= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-5.369,68	-345	-873	-485	-449	-730
= Ergebnis	48.345,43	65.700	60.162	59.382	58.237	56.765

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	VE 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	166.647,47	175.000	175.000	0	175.000	175.000	175.000
+ Sonstige Einzahlungen	3.404,17	7.000	6.000	0	6.000	6.000	6.000
= Einzahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	170.051,64	182.000	181.000	0	181.000	181.000	181.000
- Personalauszahlungen	89.748,58	93.990	97.370	0	98.344	99.329	100.322
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	10	0	0	0	0	0
- Transferauszahlungen	1.643,63	1.100	1.650	0	1.650	1.650	1.650
- Sonstige Auszahlungen	1.467,30	1.940	1.540	0	1.540	1.540	1.540
= Auszahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	92.859,51	97.040	100.560	0	101.534	102.519	103.512
= Saldo der lfd. Verwaltungstätigkeit	77.192,13	84.960	80.440	0	79.466	78.481	77.488

Erläuterungen

Der Leistungsumfang sowie die Finanzplanung wurden auf der Grundlage der vergangenen Jahre geplant und angepasst.

Der Leistungsumfang für den Bereich Gewerbebeanmeldungen liegt im 1. HJ um rund 100 Fälle unter der Planung.

Die Erlaubnisse nach dem GastG sind tendenziell rückläufig und entsprechend angepasst worden.

Versagungen nach dem Gaststättengesetz wurden mit 1 Fall kalkuliert. Auch hier kommt die Erlaubnisfreiheit für Betriebe ohne den Ausschank von Alkohol zum tragen.

Versagungen kommen nur für erlaubnispflichtige Betriebe in Frage (Imbiss, Eisdielen, Kioske usw. fallen weg). Es ist aber zu erwarten, dass entsprechend mehr Gewerbeuntersagungen für die erlaubnisfreien Betriebe durchzuführen sind.

Die Anzahl der Anfragen nach Auskünften aus dem Gewerbeverzeichnis ist gleichbleibend. Auskünfte werden offensichtlich zunächst kostenfrei bzw. kostengünstiger mit Hilfe des Internets eingeholt, denn eine einzelne Auskunft aus dem Gewerbeverzeichnis kostet 15 €.

Der Leistungsumfang im Bereich Sondernutzungen wird in 2015 mit ca. 1.150 Fällen etwas unter dem Niveau der Vorjahre liegen. Insgesamt kommen weniger ambulante Händler in die Fußgängerzone. Gleichzeitig steigt die Anzahl der gemeinnützigen Nutzungen.

Bei den Erträgen wird trotz sinkendem Leistungsumfang ein Ergebnis von rund 181.000 € erwartet, da die Anzahl der Marktstände zwar geringer wird, die Stände aber größer werden.

Aufgrund der Bezüge- und Tarifierhöhungen sowie die tariflich vereinbarte Aufstockung des LOB-Budgets, sind die Personalkosten in 2015 leicht erhöht.

Kurzbeschreibung

Erlaubniserteilung sowie Unterbindung und Ahndung von Verstößen gegen Rechtsnormen der Auftragsgrundlage

Ziele

Sicherstellung einer geordneten Gewerbeausübung im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften; Steigerung des Freizeit- und Kaufangebotes in der Innenstadt

Auftragsgrundlage

Gewerbeordnung, Marktsatzung

Zielgruppe

Beschicker und Betreiber sowie alle Einwohner/ innen im Gebiet der Stadt Detmold

Politisches Gremium

Ausschuss für Bürgerservice, Ordnung, Feuerwehr und Rettungsdienst

Stellen	Einheit	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Stellen	Anz.	0,95	0,95	0,94	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Anzahl der Beschwerden/Lob	Anz.	3	-	-	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Anzahl Beschwerden / Gesamtzahl der Vorgänge	%	0,01	-	-	-	-	-
Zulassungen für Jahrmärkte	Anz.	320	320	320	-	-	-
durchschnittlicher Betriebsaufwand je Vorgang	€	278,80	309,12	284,83	-	-	-
Durchführung Wochenmärkte	Anz.	155	156	156	-	-	-

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	7.635,21	7.600	7.635	7.635	7.635	7.635
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	763,87	1.738	750	750	750	750
+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	126.735,37	152.000	144.500	145.000	141.100	142.000
= Ordentliche Erträge	135.134,45	161.338	152.885	153.385	149.485	150.385
- Personalaufwendungen	58.939,28	70.776	66.174	66.835	67.505	68.179
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	9.324,89	10.100	9.700	9.550	9.750	9.950
- Bilanzielle Abschreibungen	8.046,17	10.135	8.046	8.046	8.046	8.046
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	569,39	615	325	375	325	375
= Ordentliche Aufwendungen	76.879,73	91.626	84.245	84.806	85.626	86.550
= Ordentliches Ergebnis	58.254,72	69.712	68.640	68.579	63.859	63.835
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	55.549,21	55.516	51.336	51.394	50.307	50.410
= Ergebnis	2.705,51	14.196	17.304	17.185	13.552	13.425

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	VE 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	763,87	750	750	0	750	750	750
+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	120.221,46	152.000	144.500	0	145.000	141.100	142.000
= Einzahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	120.985,33	152.750	145.250	0	145.750	141.850	142.750
- Personalauszahlungen	54.374,80	66.544	62.647	0	63.273	63.907	64.545
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	8.714,00	10.100	9.700	0	9.550	9.750	9.950
- Sonstige Auszahlungen	554,30	615	325	0	375	325	375
= Auszahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	63.643,10	77.259	72.672	0	73.198	73.982	74.870
= Saldo der lfd. Verwaltungstätigkeit	57.342,23	75.491	72.578	0	72.552	67.868	67.880

Erläuterungen

Die Zulassungen für die Jahrmärkte werden im Vergleich zu den Vorjahren zurückgehen. Grund hierfür ist die allgemeine wirtschaftliche Lage und der insgesamt rückläufige Besuch von Kirmesveranstaltungen.

Die Anfragen der Schausteller sind deshalb zurückgegangen. Es wurde eine Aktualisierung auf 290 Fälle vorgenommen.

Die Anzahl der Wochenmärkte bleibt unverändert, was auf die festgelegten Durchführungstage, jeweils Dienstag, Donnerstag und Samstag zurückzuführen ist.

Grundlage für die Finanzdaten sind die Ergebnisse der Vorjahre.

Die Entwicklung bei den Erträgen bleibt abzuwarten; im Ergebnis sollte noch ein Planansatz in 2015 von rund 153.000 € erreicht werden.

Die ordentlichen Aufwendungen werden sich in 2015 im Plan bei rund 85.000 € bewegen. Die Personalkosten werden aufgrund der Bezüge- und Tariferhöhungen sowie die tariflich vereinbarte Aufstockung des LOB-Budgets etwas erhöht.

Kurzbeschreibung

Prüfung und Anordnung von Maßnahmen zur Gesundheitserhaltung; Unterbindung und Ahndung von Verstößen gegen Rechtsnormen sowie die Erteilung und Versagung von Genehmigungen und Anordnungen verschiedener Art

Ziele

Sicherstellung eines geordneten Zusammenlebens im Stadtgebiet Detmold durch Maßnahmen zur Erhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung

Auftragsgrundlage

Ordnungsbehördengesetz (OBG), Psychischkrankengesetz (PsychKG); Ordnungswidrigkeitengesetz (OWiG); Landesimmissionsschutzgesetz (LImSchG); Landeshundegesetz (LHundG NRW); Ordnungsbehördliche Verordnung und sonstige Spezialgesetze

Zielgruppe

Psychisch Kranke; natürliche und juristische Personen im Stadtgebiet Detmold

Politisches Gremium

Ausschuss für Bürgerservice, Ordnung, Feuerwehr und Rettungsdienst

Stellen	Einheit	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Stellen	Anz.	4,61	4,61	6,58	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Sachverhaltsermittlungen für andere ordnungsbehördliche Maßnahme "Bestattung"	Anz.	99	90	80	-	-	-
genehmigte Veranstaltungen mit Schallwiedergabegeräten	Anz.	41	48	48	-	-	-
Anzahl der Beschwerden/Lob	Anz.	78	80	80	-	-	-
erteilte Erlaubnisse für Hunde der §§ 3 und 10 LHundG NRW	Anz.	83	-	-	-	-	-
Anzahl der angemeldeten Hunde im Stadtgebiet	Anz.	8	4	4	-	-	-
Feststellung bissiger Hunde gem. § 3 LHundG NRW	Anz.	3.356	3.100	3.350	-	-	-
davon große Hunde nach § 11 LHundG NRW	Anz.	14	10	10	-	-	-
Feststellung der Haltungsvoraussetzungen der großen Hunde nach § 11 LHundG NRW	Anz.	1.300	1.300	1.300	-	-	-
Maßnahmen bei Abfallablagerungen	Anz.	136	60	60	-	-	-
Maßnahmen bei Schrottfahrzeugen	Anz.	53	60	60	-	-	-
Sachverhaltsermittlungen für den Produktbereich	Anz.	56	60	60	-	-	-
	Anz.	92	100	100	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Anzahl Beschwerden / Gesamtzahl der Vorgänge	%	0,12	-	-	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
nachrichtlich: Anzahl der angemeldeten Hunde im Stadtgebiet	Anz.	3.356,00	3.100,00	3.350,00	-	-	-
durchschnittlicher Betriebsaufwand je Vorgang	€	626,22	686,41	909,64	-	-	-
Anzahl der Vorgänge nach OBG	Anz.	119	128	128	-	-	-
Anzahl der Vorgänge Hunde nach LHundG NRW	Anz.	158	74	74	-	-	-
Anzahl der Vorgänge Umweltschutz	Anz.	109	120	120	-	-	-
Anzahl der Vorgänge nach PsychKG	Anz.	93	100	100	-	-	-

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	4.185,00	5.320	4.405	4.405	4.405	4.405
+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	19.854,20	36.000	30.000	30.000	30.000	30.000
+ Sonstige ordentliche Erträge	5.226,81	17.600	6.600	6.600	6.600	6.600
= Ordentliche Erträge	29.266,01	58.920	41.005	41.005	41.005	41.005
- Personalaufwendungen	297.882,57	300.112	419.158	423.351	427.584	431.861
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	4.047,95	3.310	5.080	5.080	5.080	5.080
- Bilanzielle Abschreibungen	2.703,30	0	0	0	0	0
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	72.301,79	66.470	70.100	70.100	70.100	70.100
= Ordentliche Aufwendungen	376.935,61	369.892	494.338	498.531	502.764	507.041
= Ordentliches Ergebnis	-347.669,60	-310.972	-453.333	-457.526	-461.759	-466.036
+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	225,00	0	0	0	0	0
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	52.651,44	50.189	53.264	53.161	53.384	53.930
= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-52.426,44	-50.189	-53.264	-53.161	-53.384	-53.930
= Ergebnis	-400.096,04	-361.161	-506.597	-510.687	-515.143	-519.966

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	VE 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	4.129,00	5.320	4.405	0	4.405	4.405	4.405
+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	167,41	36.000	30.000	0	30.000	30.000	30.000
+ Sonstige Einzahlungen	6.191,34	17.600	6.600	0	6.600	6.600	6.600
= Einzahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	10.487,75	58.920	41.005	0	41.005	41.005	41.005
- Personalauszahlungen	257.426,66	260.717	360.875	0	364.485	368.130	371.812
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	3.976,19	3.310	5.080	0	5.080	5.080	5.080
- Sonstige Auszahlungen	70.351,70	66.470	70.100	0	70.100	70.100	70.100
= Auszahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	331.754,55	330.497	436.055	0	439.665	443.310	446.992
= Saldo der lfd. Verwaltungstätigkeit	-321.266,80	-271.577	-395.050	0	-398.660	-402.305	-405.987
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm.	0,00	0	0	0	20.000	0	0
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,00	0	0	0	20.000	0	0
= Saldo des Teilfinanzplanes nach Investitionstätigkeit	-321.266,80	-271.577	-395.050	0	-418.660	-402.305	-405.987

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamt- ausgabe- bedarf	bisher bereit gest.	RE 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	VE 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Investitionstätigkeit unter der Wertgrenze									
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	20,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	20,0	0,0	0,0
Saldo Investitionstätigkeit	-20,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	-20,0	0,0	0,0

Erläuterungen

Der Leistungsumfang für 2015 ist auf der Grundlage der vergangenen Jahre geplant worden und wird sich gegenüber 2013 kaum verändern. Bei den Feststellungen der Haltungsvoraussetzungen großer Hunde sind die Altfälle aus der Vergangenheit überwiegend abgeschlossen. Neuanmeldungen großer Hunde sind in dem Umfang nicht mehr zu erwarten. Der Leistungsumfang im Ordnungsbereich ist nachfrageabhängig und teilweise unvorhergesehen. Eine genaue Planung ist daher schwer möglich.

Als zentrale Anlaufstelle für Veranstaltungen ist ein steigender Mehraufwand für die Überprüfung und Koordinierung der vermehrt auftretenden Veranstaltungen zu verzeichnen.

Die Erträge wurden auf der Grundlage des Ergebnisses von 2013 geplant und liegen rd. 11.000 € über dem Ergebnis 2013. Es wird mit rd. 41.000 € Erträge gerechnet. Bei den Kostenerstattungen wird mit mehr Einnahmen gerechnet.

Die Personalkosten sind gegenüber 2013 gestiegen. Bezüge- und Tarifierhöhungen sowie die tariflich vereinbarte Aufstockung des LOB-Budgets und die Einrichtung einer neuen Stelle führen zu der Differenz zu 2015.

Für die Beseitigung von Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung werden voraussichtlich etwas weniger Finanzmittel als in 2013 benötigt.

Aufgrund der Erfahrungen u. a. beim NRW-Tag in 2012 kann nunmehr ein Krisenmanagement eingeführt und weiter entwickelt werden. In 2015 ist die Umsetzung eines Krisenmanagements geplant.

Kurzbeschreibung

Bewirtschaftung der Parkobjekte, Kontrolle des ruhenden Verkehrs

Ziele

Sicherheit und Ordnung im Straßenverkehr

Auftragsgrundlage

Straßenverkehrsordnung, Straßenverkehrsgesetz, Polizeigesetz, Ordnungswidrigkeitengesetz

Zielgruppe

Motorisierte Verkehrsteilnehmer/innen

Politisches Gremium

Ausschuss für Bürgerservice, Ordnung, Feuerwehr und Rettungsdienst

Stellen	Einheit	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Stellen	Anz.	8,52	8,55	7,52	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Anzahl der Beschwerden/Lob	Anz.	31	-	-	-	-	-
Anzahl der Verwarnungen	Anz.	40.304	37.000	40.000	-	-	-
Anzahl der Bußgelder	Anz.	3.418	5.000	3.500	-	-	-
Kontrolle und Überwachung des ruhenden Verkehrs	Anz.	-	-	-	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Personalaufwand / Aufwendungen	%	33,27	36,90	26,22	26,51	26,90	27,19

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	130,60	130	130	108	0	0
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	1.118.956,66	1.100.000	1.200.000	1.200.000	1.200.000	1.200.000
+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	344,95	500	500	500	500	500
+ Sonstige ordentliche Erträge	524.621,44	500.000	600.000	600.000	600.000	600.000
= Ordentliche Erträge	1.644.053,65	1.600.630	1.800.630	1.800.608	1.800.500	1.800.500
- Personalaufwendungen	405.796,61	428.158	371.149	374.860	378.609	382.394
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	283.613,46	279.900	304.780	304.780	304.780	304.780
- Bilanzielle Abschreibungen	495,40	626	464	2.108	2.000	2.000
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	41.310,75	30.660	33.690	28.050	33.690	28.050
= Ordentliche Aufwendungen	731.216,22	739.344	710.083	709.798	719.079	717.224
= Ordentliches Ergebnis	912.837,43	861.286	1.090.547	1.090.810	1.081.421	1.083.276
- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	900,00	0	0	0	0	0
= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	911.937,43	861.286	1.090.547	1.090.810	1.081.421	1.083.276
+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	3.995,00	4.000	4.000	4.000	4.000	4.000

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	921.122,23	865.286	1.094.547	1.094.810	1.085.421	1.087.276
= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-917.127,23	-861.286	-1.090.547	-1.090.810	-1.081.421	-1.083.276
= Ergebnis	-5.189,80	-0	-0	-0	0	0

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	VE 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	1.115.615,56	1.100.000	1.200.000	0	1.200.000	1.200.000	1.200.000
+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	0,00	500	500	0	500	500	500
+ Sonstige Einzahlungen	504.275,95	500.000	600.000	0	600.000	600.000	600.000
= Einzahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	1.619.891,51	1.600.500	1.800.500	0	1.800.500	1.800.500	1.800.500
- Personalauszahlungen	378.407,64	403.859	367.551	0	371.226	374.939	378.687
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	273.964,85	279.700	304.580	0	304.580	304.580	304.580
- Sonstige Auszahlungen	17.613,22	29.300	29.690	0	26.690	29.690	26.690
= Auszahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	669.985,71	712.859	701.821	0	702.496	709.209	709.957
= Saldo der lfd. Verwaltungstätigkeit	949.905,80	887.641	1.098.679	0	1.098.004	1.091.291	1.090.543
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm.	6.272,89	1.560	4.200	0	1.560	4.200	1.560
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	6.272,89	1.560	4.200	0	1.560	4.200	1.560
= Saldo des Teilfinanzplanes nach Investitionstätigkeit	943.632,91	886.081	1.094.479	0	1.096.444	1.087.091	1.088.983

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamt- ausgabe- bedarf	bisher bereit gest.	RE 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	VE 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Investitionstätigkeit unter der Wertgrenze									
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,0	0,0	6,3	1,6	4,2	0,0	1,6	4,2	1,6
Saldo Investitionstätigkeit	0,0	0,0	-6,3	-1,6	-4,2	0,0	-1,6	-4,2	-1,6

Erläuterungen

Durch die Kontrolle des Ruhenden Verkehrs wird die Einhaltung von verkehrsrechtlichen Anordnungen auf der Grundlage der Straßenverkehrsordnung und des Straßenverkehrsgesetzes überwacht. Ziel ist dabei die Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung im öffentlichen Straßenraum.

Der Fachbereich 3 rechnet insgesamt mit ordentlichen Erträgen in einer Höhe von rd. 1.800.000 Euro. Davon allein aus den Parkvorgängen an Straßen und Plätzen 1.200.000 Euro sowie aus dem Bereich der Verkehrsüberwachung 600.000 Euro.

Die Ausgaben für Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen sind in Höhe von rd. 285.000 Euro kalkuliert worden und liegen damit um rd. 1.000 Euro höher als in 2013. Durch den Vertrag mit der SVD ist bei höheren Einnahmen auch mit höheren Ausgaben zu rechnen.

Die Personalkosten sind gegenüber dem Rechnungsergebnis 2013 gesunken. Im Verwaltungsbereich der Verkehrsüberwachungskräfte ist ein Personalwechsel erfolgt. Beamtenbezüge wurden verringert, Bezüge für Tarifbeschäftigte wurden nicht in gleicher Höhe erhöht.

Kurzbeschreibung

Bekämpfung von Bränden
 Hilfeleistung bei Unglücksfällen, öffentlichen Notständen
 Naturereignissen, Explosionen

Ziele

Die Detmolder Bevölkerung jederzeit und schnellstmöglich zu schützen bzw. zu versorgen

Auftragsgrundlage

FSHG, UVV und FwDV

Zielgruppe

Detmolder Bevölkerung und deren Sachwerte

Politisches Gremium

Ausschuss für Bürgerservice, Ordnung, Feuerwehr und Rettungsdienst

Stellen	Einheit	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Stellen	Anz.	31,20	36,20	39,25	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Einsätze zur Brandbekämpfung und techn. Hilfeleistung	Anz.	490	470	460	-	-	-
Hilfeleistung bei öffentlichen Notständen	Anz.	0	0	0	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Anzahl der Brandeinsätze	Anz.	200	200	200	-	-	-
Anzahl der technischen Hilfeleistungen	Anz.	290	270	260	-	-	-
Durchschnittlicher Betriebsaufwand je Einsatz	€	6.302	7.311	7.720	-	-	-
Einsätze mit Erreichung der Hilfsfrist/Gesamtzahl zeitkritischer Einsätze	%	90	90	88	0	0	0

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	98.081,33	97.550	130.000	130.000	130.000	130.000
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	41.139,46	33.000	40.000	40.000	40.000	40.000
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	13.177,73	15.700	13.200	13.200	13.200	13.200
+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	15.095,67	14.300	13.700	13.700	13.700	13.700
+ Sonstige ordentliche Erträge	4.400,00	1.550	1.500	1.500	1.500	1.500
= Ordentliche Erträge	171.894,19	162.100	198.400	198.400	198.400	198.400
- Personalaufwendungen	2.009.029,67	2.320.357	2.409.583	2.427.410	2.451.175	2.475.187
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	424.514,26	356.700	362.300	362.300	366.300	375.300
- Bilanzielle Abschreibungen	185.260,75	236.590	250.755	259.768	279.882	292.284
- Transferaufwendungen	9.681,20	9.800	9.800	9.800	9.800	9.800
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	170.073,86	226.050	231.150	231.150	226.150	226.150

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
= Ordentliche Aufwendungen	2.798.559,74	3.149.497	3.263.588	3.290.428	3.333.307	3.378.721
= Ordentliches Ergebnis	-2.626.665,55	-2.987.397	-3.065.188	-3.092.028	-3.134.907	-3.180.321
- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.400,00	0	0	0	0	0
= Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-2.628.065,55	-2.987.397	-3.065.188	-3.092.028	-3.134.907	-3.180.321
+ Erträge aus internen Leistungsbeziehungen	1.074,00	4.000	4.000	4.000	4.000	4.000
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	289.417,76	286.509	287.521	289.860	293.648	298.037
= Saldo aus internen Leistungsbeziehungen	-288.343,76	-282.509	-283.521	-285.860	-289.648	-294.037
= Ergebnis	-2.916.409,31	-3.269.906	-3.348.709	-3.377.888	-3.424.555	-3.474.358

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	VE 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	1.790,00	0	0	0	0	0	0
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	43.951,11	33.000	40.000	0	40.000	40.000	40.000
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	13.689,03	15.750	13.200	0	13.200	13.200	13.200
+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	15.934,02	14.300	13.700	0	13.700	13.700	13.700
+ Sonstige Einzahlungen	4.400,00	1.500	1.500	0	1.500	1.500	1.500
= Einzahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	79.764,16	64.550	68.400	0	68.400	68.400	68.400
- Personalauszahlungen	1.616.050,11	1.603.817	1.693.949	0	1.710.381	1.726.976	1.743.746
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	401.655,01	351.700	349.300	0	349.300	353.300	362.300
- Transferauszahlungen	9.681,20	9.800	9.800	0	9.800	9.800	9.800
- Sonstige Auszahlungen	119.772,39	177.050	187.150	0	181.150	181.150	181.150
= Auszahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	2.147.158,71	2.142.367	2.240.199	0	2.250.631	2.271.226	2.296.996
= Saldo der lfd. Verwaltungstätigkeit	-2.067.394,55	-2.077.817	-2.171.799	0	-2.182.231	-2.202.826	-2.228.596
+ Einzahl. aus Zuwendungen für Investitionsmaßn.	138.257,51	138.600	138.600	0	138.600	138.600	138.600
+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanl.	0,00	500	18.000	0	500	500	500
= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	138.257,51	139.100	156.600	0	139.100	139.100	139.100
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm. (Kassenwirksamkeit)	186.064,51	1.483.500	1.040.200	150.000	503.000	578.000	428.000
					(150.000)	(0)	(0)
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	186.064,51	1.483.500	1.040.200	150.000	503.000	578.000	428.000
= Saldo aus Investitionstätigkeit	-47.807,00	-1.344.400	-883.600	-150.000	-363.900	-438.900	-288.900
= Saldo des Teilfinanzplanes nach Investtätigkeit	-2.115.201,55	-3.422.217	-3.055.399	-150.000	-2.546.131	-2.641.726	-2.517.496

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamt- ausgabe- bedarf	bisher bereit gest.	RE 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	VE 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
B02083201 Anschaffung von Geräten oberhalb von 410 EUR, Feuerwehr DT									
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	238,0	0,0	94,2	96,0	133,0	0,0	35,0	35,0	35,0
B02083202 Pauschale für das Feuerwehrwesen									
= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0,0	0,0	138,3	138,6	138,6	0,0	138,6	138,6	138,6

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamt- ausgabe- bedarf	bisher bereit gest.	RE 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	VE 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
B02083204 Anschaffung von Fahrzeugen, Feuerwehr DT									
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	2.046,7	0,0	22,2	1.320,0	836,7	150,0	400,0	480,0	330,0
Investitionstätigkeit unter der Wertgrenze									
= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0,0	0,0	0,0	0,5	18,0	0,0	0,5	0,5	0,5
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	22,5	0,0	69,6	67,5	70,5	0,0	68,0	63,0	63,0
Saldo unterhalb der Wertgrenze	-22,5	0,0	-69,6	-67,0	-52,5	0,0	-67,5	-62,5	-62,5
Saldo Investitionstätigkeit	-2.307,2	0,0	-47,8	-1.344,4	-883,6	-150,0	-363,9	-438,9	-288,9

Erläuterungen

Der vom Rat der Stadt Detmold beschlossene Brandschutzbedarfsplan beschreibt die Grundlagen für die Ausstattung der Feuerwehr Detmold. So wird die Fahrzeugstruktur beschrieben und hieraus abgeleitet ergeben sich die jährlichen Neuanschaffungen im investiven Bereich. Auch die Schutzziele mit einem bestmöglichen Sicherheitsniveau für die Bürgerinnen und Bürger sowie die Unternehmen sind hier festgelegt. Aktuell beträgt der Zielerreichungsgrad für das Schutzziel I 88 %. Um dies erreichen zu können, wurde im zweiten Halbjahr 2014 eine Verstärkung zur hauptamtlichen Tagesgruppenwache aufgebaut. Dies wirkt sich im Jahr 2015 entsprechend im Aufwand aus. Die Planung für den Neubau des Feuerwehrgerätehauses Pivitsheide ist in 2014 erfolgt. Die Baudurchführung ist für das Jahr 2015 vorgesehen. Ebenso wird es die Aufgabe sein, mittelfristig die Zusammenlegung der Löschgruppen Bentrup und Brokhausen zu begleiten.

Im abwehrenden Brandschutz entstehen naturgemäß die größten Positionen des Aufwandes sowohl beim Personal als auch bei den Sach- und Dienstleistungen und den bilanziellen Abschreibungen (Vorhaltekosten). Hauptaufgabe wird es sein, das erforderliche Maß an Sicherheit in Einklang zu bringen mit der größtmöglichen Qualität der Leistungen und darüber hinaus die Effizienz zu optimieren.

Im Budget 2015 ergeben sich Personalaufwendungen i.H.v. 2.409.583 €. Im Vorjahr betrug der Planansatz 2.320.357 € und ergibt somit eine Steigerung von rd. 89.000 €. Das Rechnungsergebnis 2013 beträgt 1.947.584 €. Hier ergibt sich zum Planansatz 2014 eine Steigerung von rd. 462.000 €.

Die Überarbeitung des Brandschutzbedarfsplanes 2013 hat ergeben, dass der hauptamtliche Tagesdienst (bisher Staffelstärke 6 Funktionen) um 3 Funktionen (künftig Gruppenstärke von 7.00 bis 17.00) zu erweitern. Im Tagesdienst findet bisher der Faktor 1,3 Anwendung, so dass sich hieraus 5 Mitarbeiter ergeben. Dies ergibt Mehraufwendungen i.h.v. 244.062 € für das Jahr 2014.

Erläuterungen zu Investitionen:

Für 2015 sind Investitionen von 493.000 €; geplant.

Im einzelnen sind das:

- Gerätebeschaffung 108.000 € (Prüfgerät Atemschutz, verschiedene Geräte)
- Fahrzeugbeschaffung 335.000 €
- Bekleidung und persönliche Ausstattung 50.000 €

Maßnahmen aus der Änderungsliste 2014

Die im Investiven Bereich aus dem Haushalt 2014 bisher nicht verausgabten Mittel, sind in das Haushaltsjahr 2015 übertragen worden. Im einzelnen sind dies:

Anschaffungen von Fahrzeugen:

HLF 20 hauptamtlich und LF 20 Hiddesen 501.700 €

Anschaffung von Geräten:

Waschmaschine und Trockner 25.000 €

Digitalfunk 18.000 €

Inventar:

Möbel für Löschgruppe Remmighausen 2.500 €

In 2015 sind einmalige Verkaufserlöse in Höhe von 18.000 € für die geplante Veräußerung der ausgerangierten Drehleiter veranschlagt.

Planungsstand nach § 14 GemHVO:

Zu B 02083204: Die Voraussetzungen des § 14 GemHVO sind erfüllt.

Kurzbeschreibung

Beteiligung im bauaufsichtlichen Verfahren - Brandschau - Brandsicherheitswachen - Stellungnahmen im Baugenehmigungsverfahren

Ziele

Verhindern von Gefährdungen für Personen und Sachen

Auftragsgrundlage

FSHG, UVV und FwDV

Zielgruppe

Personen, Betriebe, Einrichtungen in Detmold

Politisches Gremium

Ausschuss für Bürgerservice, Ordnung, Feuerwehr und Rettungsdienst

Stellen	Einheit	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Stellen	Anz.	2,30	2,30	2,25	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Anzahl der Vorgänge gesamt	Anz.	452	460	482	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Anteil der Brandschauen mit erheblichen Mängeln zur Gesamtzahl der Brandschauen	%	78	38	19	-	-	-
Anzahl der Brandschauen	Anz.	132	100	137	-	-	-
Anzahl der Stellungnahmen im Baugenehmigungsverfahren	Anz.	149	195	165	-	-	-
Beratungen	Anz.	171	165	180	-	-	-
Durchschnittlicher Betriebsaufwand je Vorgang	€	440	463	558	-	-	-

Teilergebnisplan	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Ertrags- und Aufwandsarten in €						
+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	71,80	0	2.000	2.000	2.000	2.000
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	22.263,92	37.000	30.000	30.000	30.000	30.000
= Ordentliche Erträge	22.335,72	37.000	32.000	32.000	32.000	32.000
- Personalaufwendungen	174.704,43	165.569	224.817	227.068	229.338	231.648
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	478,35	4.400	6.400	6.400	6.400	6.400
- Bilanzielle Abschreibungen	257,05	0	2.000	2.000	2.000	2.000
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	21.002,44	40.020	33.000	33.000	33.000	33.000
= Ordentliche Aufwendungen	196.442,27	209.989	266.217	268.468	270.738	273.048
= Ordentliches Ergebnis	-174.106,55	-172.989	-234.217	-236.468	-238.738	-241.048
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	2.600,00	2.762	2.785	2.808	2.849	2.893
= Ergebnis	-176.706,55	-175.751	-237.002	-239.276	-241.587	-243.941

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	VE 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	22.523,92	37.000	30.000	0	30.000	30.000	30.000
= Einzahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	22.523,92	37.000	30.000	0	30.000	30.000	30.000
- Personalauszahlungen	131.510,52	117.219	156.977	0	158.548	160.128	161.748
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	478,35	4.400	6.400	0	6.400	6.400	6.400
- Sonstige Auszahlungen	20.846,86	40.020	33.000	0	33.000	33.000	33.000
= Auszahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	152.835,73	161.639	196.377	0	197.948	199.528	201.148
= Saldo der lfd. Verwaltungstätigkeit	-130.311,81	-124.639	-166.377	0	-167.948	-169.528	-171.148
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm.	0,00	0	40.000	0	0	0	0
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,00	0	40.000	0	0	0	0
= Saldo des Teilfinanzplanes nach Investivitätigkeit	-130.311,81	-124.639	-206.377	0	-167.948	-169.528	-171.148

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamt- ausgabe- bedarf	bisher bereit gest.	RE 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	VE 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Investitionstätigkeit unter der Wertgrenze									
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	40,0	0,0	0,0	0,0	40,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Saldo Investitionstätigkeit	-40,0	0,0	0,0	0,0	-40,0	0,0	0,0	0,0	0,0

Erläuterungen

In den letzten Jahren wurden im FB 3 die Aktivitäten im Bereich des vorbeugenden Brandschutzes intensiviert.

Die Grundüberlegung war, dass die Vermeidung von Bränden nicht allein durch das bloße Beachten von Brandschutzvorschriften zu erreichen ist. Vielmehr soll durch Brandschutzerziehungsmaßnahmen im Kindergartenalter und im Schulbereich das diesbezügliche Verhalten in Brandsituationen geschärft werden. In enger Zusammenarbeit mit der Wehrführung wurden ab Herbst 2001 die Maßnahmen zur Brandschutzerziehung und Brandschutzaufklärung (BEBA) systematisch verstärkt.

Mit Wirkung vom 01.01.2011 wurde die Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Durchführung der Brandschau in der Stadt Detmold (Brandschau-Gebührensatzung) umgesetzt, die am 16.12.2010 durch den Rat beschlossen wurde.

Nach Abstimmung mit dem damaligen Fachbereich 9 (heute FB 2) ist das Projekt BEBA in den Kindergärten und Kindertagesstätten erfolgreich in 2002 gestartet. Beteiligung und Resonanz sind hervorragend. Das Projekt wird 2015 ff. fortgeführt.

Die Anstrengungen im Vorbeugenden Brandschutz (Brandschauen) beziehen sich jedoch im Wesentlichen auf die Sicherheit in öffentlichen Gebäuden und Gewerbebetrieben.

Seit Mai 2004 nimmt die Feuerwehr der Stadt Detmold die Aufgaben der Brandschutzdienststelle nach FSHG als Pflichtaufgabe wahr, dazu gehören im Wesentlichen die brandschutztechnischen Stellungnahmen im Baugenehmigungsverfahren, zu Brandschutzkonzepten, Rettungswegen usw.

Im Budget 2015 ergeben sich Personalaufwendungen i.H.v. 224.817 €. Im Vorjahr betrug der Planansatz 165.569 € und das Jahresergebnis 2013 167.006,01 €. Insofern ergibt sich eine Erhöhung von 59.248 € gegenüber dem Plan 2014 und i.H.v. 57.810,99 € gegenüber dem Rechnungsergebnis 2013.

Der erhöhte Personalaufwand i.H.v. rd. 59.000 € ergibt sich durch einen neuen Mitarbeiter, der in Vertretung für einen Kollegen (B4 Lehrgang) im VB vorübergehend Tätigkeiten übernimmt.

Für die Beschaffung von Sirenen sind 40.000 € bereit gestellt. Aufgrund der Finanzierung aus Landesmitteln zu 100% (Sollstellung bereits in 2014) wurden zudem Erträge aus der Auflösung von Sonderposten für Zuwendungen i.H.v. 2.000 €/ Jahr veranschlagt.

Kurzbeschreibung

Transport von Nicht - Notfallpatienten (Krankentransport)
 Lebensrettende Sofortmaßnahmen
 Transportfähigkeit herstellen
 Transport von Notfallpatienten

Ziele

Fachgerechte Hilfe zu leisten
 Unter Betreuung zu transportieren
 Vitale Funktion herstellen und aufrechterhalten
 Notfallpatienten unter Betreuung zu transportieren

Auftragsgrundlage

Rett.-Gesetz, RettAss.-Gesetz, Bundesseuchengesetz, Rettungsbedarfsplan

Zielgruppe

Menschen im rettungsdienstlichen Versorgungsbereich

Politisches Gremium

Ausschuss für Bürgerservice, Ordnung, Feuerwehr und Rettungsdienst

Stellen	Einheit	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Stellen	Anz.	-	-	28,16	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Anzahl der Einsätze KTW	Anz.	-	-	3.000	-	-	-
Quote der Einsätze KTW mit Einhaltung der Eintreffzeiten/Gesamtzahl der Einsätze (KTW)	%	-	-	80	-	-	-
Durchschnittlicher Betriebsaufwand je Einsatz	€	-	-	296	-	-	-
Anzahl der Einsätze RTW	Anz.	-	-	4.700	-	-	-
Quote der Einsätze RTW mit Erreichung der Hilfsfrist/Gesamtzahl der zeitkritischen Einsätze	%	-	-	90	-	-	-
Anzahl der Einsätze gesamt	Anz.	-	-	7.700	0	0	0

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0	2.360.864	2.378.095	2.387.210	2.418.461
+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0	100	100	100	100
+ Sonstige ordentliche Erträge	0,00	0	10.000	10.000	10.000	10.000
= Ordentliche Erträge	0,00	0	2.370.964	2.388.195	2.397.310	2.428.561
- Personalaufwendungen	0,00	0	1.507.446	1.522.510	1.537.711	1.553.077
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0	447.100	447.100	447.100	447.100
- Bilanzielle Abschreibungen	0,00	0	167.540	181.100	171.220	186.930
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	0,00	0	56.150	50.150	51.150	50.150

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
= Ordentliche Aufwendungen	0,00	0	2.178.236	2.200.860	2.207.181	2.237.257
= Ordentliches Ergebnis	0,00	0	192.728	187.335	190.129	191.304
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	0,00	0	98.524	98.715	100.060	101.781
= Ergebnis	0,00	0	94.204	88.620	90.069	89.523

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	VE 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0	2.360.864	0	2.378.095	2.387.210	2.418.461
+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	0,00	0	100	0	100	100	100
+ Sonstige Einzahlungen	0,00	0	10.000	0	10.000	10.000	10.000
= Einzahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	0,00	0	2.370.964	0	2.388.195	2.397.310	2.428.561
- Personalauszahlungen	0,00	0	1.239.866	0	1.252.250	1.264.751	1.277.377
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0	444.300	0	444.300	444.300	444.300
- Sonstige Auszahlungen	0,00	0	41.150	0	35.150	36.150	35.150
= Auszahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	0,00	0	1.725.316	0	1.731.700	1.745.201	1.756.827
= Saldo der lfd. Verwaltungstätigkeit	0,00	0	645.648	0	656.495	652.109	671.734
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm.	0,00	0	445.800	0	153.800	28.800	163.800
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,00	0	445.800	0	153.800	28.800	163.800
= Saldo des Teilfinanzplanes nach Investitionstätigkeit	0,00	0	199.848	0	502.695	623.309	507.934

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamt- ausgabe- bedarf	bisher bereit gest.	RE 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	VE 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
B02153300 Anschaffung von Fahrzeugen; Krankentransport und Rettungsdienst									
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	617,0	0,0	0,0	0,0	357,0	0,0	125,0	0,0	135,0
Investitionstätigkeit unter der Wertgrenze									
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	104,0	0,0	0,0	0,0	88,8	0,0	28,8	28,8	28,8
Saldo Investitionstätigkeit	-721,0	0,0	0,0	0,0	-445,8	0,0	-153,8	-28,8	-163,8

Erläuterungen

Ab dem Haushaltsjahr 2015 werden die Produkte 002.330.100 Transport von Kranken und 002.330.200 Transport von Notfallpatienten / Herstellung der Transportfähigkeit zum Produkt 002.330.050 Krankentransport und Rettungsdienst zusammengeführt.

Auf der Grundlage des Rettungsbedarfsplanes für den Kreis Lippe wurde auch erstmalig eine eigene städtische Gebührensatzung erstellt. Der Kreis Lippe hat diesen Rettungsbedarfsplan überarbeitet und am 13.12.2010 mit Wirkung zum 01.01.2011 verabschiedet.

Nach einer Neuberechnung des Gebührenbedarfes ist eine neue Satzung zum 01.01.2015 erforderlich. Die Entwicklung der Einsatzzahlen 2012 und 2013 gibt Anlass, eine den Erfordernissen angepasste Gebührensatzung zu erlassen.

Der FB 3 rechnet für das Jahr 2015 mit einem Rückgang der Krankentransporteinsätze gegenüber dem Jahr 2014. Es sind voraussichtlich 3.000 Einsätze zu erwarten.

Durch die Mehrzweckfahrzeugstrategie ist auch das Produkt 200 (RTW/Transport von Notfallpatienten) an dem Produkt 100 beteiligt und der RTW führt auch KTW-Transporte durch.

Die funktionsgerechte Besetzung der Rettungsmittel und daraus resultierende Personalkosten ergeben sich aus dem Rettungsbedarfsplan und werden zu 100 % aus den Gebühreneinnahmen finanziert.

41.000 € werden investiv für Ersatzbeschaffung von Geräten (Kartenlesegeräte) und Bekleidung und persönliche Ausrüstung sowie ein Fahrzeug (KTW) 120.000 € im Haushalt 2015 voraussichtlich benötigt.

Aus der Änderungsliste 2014 wurden für die Restzahlung von der Beschaffung KTW 67.000 € in das Haushaltsjahr 2015 übertragen.

Der FB 3 rechnet für das Jahr 2015 mit der gleichen Anzahl der Rettungsdienst-Einsätze wie im Vorjahr. Es sind voraussichtlich 4.700 Einsätze zu erwarten.

Durch die Mehrzweckfahrzeugstrategie wird auch das Produkt 100 (KTW/Transport von Kranken) bedient und der RTW führt auch KTW-Transporte durch.

Die Personalkosten ergeben sich aus dem Rettungsbedarfsplan und werden zu 100 % aus den Gebühreneinnahmen finanziert.

47.800 € werden investiv für Ersatzbeschaffung von Geräten (Kartenlesegeräte) und Bekleidung sowie persönliche Ausrüstung und ein Fahrzeug (RTW) in Höhe von 170.000 € im Haushalt 2015 benötigt.

Die aufgrund einer Gesetzesnovelle notwendige Weiterqualifizierung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Rettungsdienst zum Notfall-sanitäter, wird nach dem jetzigen Stand erst zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen.

Sobald ein genauer Zeitplan und genauere Kosten für die Weiterqualifizierung vorliegen, werden diese dann entsprechend im Budget berücksichtigt.

Kurzbeschreibung

Beurkundung von Geburten und Sterbefällen; Nachregistrierung von Personenstandsfällen im Ausland; Anmeldungen zur Eheschließung, Beratung nach deutschem und internationalem Recht, Durchführung von Eheschließungen, Ausstellen von Ehefähigkeitszeugnissen; Führung der entsprechenden Register und Ausstellung von Urkunden

Ziele

Schaffung beweiskräftiger deutscher Personenstandsurkunden und Rechtssicherheit im Personenstandswesen

Auftragsgrundlage

Personenstandsgesetz, Personenstandsverordnung, Dienstanweisung für die Standesbeamten und ihre Aufsichtsbehörde, BGB, internationales Ehe- und Kindschaftsrecht, BVFG

Zielgruppe

Deutsche und Ausländer

Politisches Gremium

Ausschuss für Bürgerservice, Ordnung, Feuerwehr und Rettungsdienst

Stellen	Einheit	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Stellen	Anz.	6,52	6,24	6,54	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Anmeldung zur Eheschließung	Anz.	370	370	370	-	-	-
eingetragene Lebenspartnerschaften	Anz.	4	2	2	-	-	-
behördliche Namensänderung	Anz.	5	10	10	-	-	-
Führung der Personenstandsbücher	Anz.	5.910	6.000	6.000	-	-	-
Ausstellung von Personenstandsurkunden	Anz.	3.050	3.000	3.000	-	-	-
Beschwerden/Lob	Anz.	3	-	-	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Anzahl von Eheschließungen von Nicht-Detmoldern in Detmold / Gesamtzahl von Eheschließungen	%	14,57	9,72	12,16	-	-	-
durchschnittlicher Betriebsaufwand je Vorgang	€	37,13	34,50	38,48	-	-	-
durchschnittlicher Ertrag je Vorgang	€	10,91	11,35	11,34	-	-	-
Anzahl der Geburten	Anz.	1.707,00	1.700,00	1.700,00	-	-	-
Anzahl der Eheschließungen	Anz.	357,00	360,00	370,00	-	-	-
Anzahl der Sterbefälle	Anz.	1.197,00	1.200,00	1.200,00	-	-	-

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	125.532,09	130.000	130.000	130.000	130.000	130.000
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	6.281,00	7.000	7.000	7.000	7.000	7.000
= Ordentliche Erträge	131.813,09	137.000	137.000	137.000	137.000	137.000
- Personalaufwendungen	376.890,74	354.635	393.703	397.639	401.617	405.632
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	3.076,34	0	3.000	0	3.000	0

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
- Bilanzielle Abschreibungen	526,55	527	446	51	51	51
- Transferaufwendungen	240,00	240	240	240	240	240
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	12.607,11	10.930	13.275	13.275	13.275	13.275
= Ordentliche Aufwendungen	393.340,74	366.332	410.664	411.205	418.183	419.198
= Ordentliches Ergebnis	-261.527,65	-229.332	-273.664	-274.205	-281.183	-282.198
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	76.404,19	71.535	77.920	78.101	78.140	79.011
= Ergebnis	-337.931,84	-300.867	-351.584	-352.306	-359.323	-361.209

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	VE 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	125.462,09	130.000	130.000	0	130.000	130.000	130.000
+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	6.281,00	7.000	7.000	0	7.000	7.000	7.000
= Einzahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	131.743,09	137.000	137.000	0	137.000	137.000	137.000
- Personalauszahlungen	329.058,44	308.805	348.306	0	351.788	355.308	358.860
- Transferauszahlungen	240,00	240	240	0	240	240	240
- Sonstige Auszahlungen	12.595,04	10.930	13.275	0	13.275	13.275	13.275
= Auszahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	341.893,48	319.975	361.821	0	365.303	368.823	372.375
= Saldo der lfd. Verwaltungstätigkeit	-210.150,39	-182.975	-224.821	0	-228.303	-231.823	-235.375
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm.	3.076,34	0	3.000	0	0	3.000	0
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	3.076,34	0	3.000	0	0	3.000	0
= Saldo des Teilfinanzplanes nach Investitionstätigkeit	-213.226,73	-182.975	-227.821	0	-228.303	-234.823	-235.375

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamt- ausgabe- bedarf	bisher bereit gest.	RE 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	VE 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Investitionstätigkeit unter der Wertgrenze									
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,0	0,0	3,1	0,0	3,0	0,0	0,0	3,0	0,0
Saldo Investitionstätigkeit	0,0	0,0	-3,1	0,0	-3,0	0,0	0,0	-3,0	0,0

Erläuterungen

Die Prognose für 2015 orientiert sich an dem Ergebnis des Jahres 2013 und dem Leistungsumfang der 1. Jahreshälfte 2014.

Die Auswirkung auf die Geburtenzahl in Detmold - auf Grund der Schließung der Geburtenabteilung in Lemgo im Jahr 2012 - lässt sich nun besser einschätzen. Die Schätzung von 1.600 Geburten wurde übertroffen, so dass bei gleichbleibender Entwicklung rund 1.700 Geburten in 2015 erreicht werden könnten.

Die Zahl der Anmeldungen zur Eheschließung werden sich voraussichtlich auf rund 370, die Zahl der Trauungen auf 360 einpendeln.

Wie sich bereits in der 1. Jahreshälfte 2014 abzeichnet, hat sich die Zahl der Sterbefälle erhöht. Somit wurde die Planzahl für 2015 entsprechend angepasst und auf 1.200 Sterbefälle angesetzt, das könnte eine erste Auswirkung der demographischen Entwicklung sein.

Im Übrigen weicht der Leistungsumfang vom Ergebnis 2013 nicht stark ab.

Die Einnahmen könnten auf Grund des prognostizierten Leistungsumfangs in 2015 um rd. 5.000 Euro gegenüber 2013 steigen.

Die ordentlichen Aufwendungen liegen rd. 20.000 Euro höher als das Jahresergebnis 2013. Dieser Aufwand ist durch erhöhte Personalaufwendungen begründet. Bezüge- und Tarifierhöhungen sowie tariflich vereinbarte Aufstockungen des LOB-Budgets und Stundenaufstockungen für den Ausgleich einer langzeiterkrankten Kollegin führen zu diesem Mehraufwand.

Kurzbeschreibung

Anspruchs- und Ermessenseinbürgerungen, Feststellung über deutsche Staatsangehörigkeit

Ziele

Eingliederung von ausländischen Mitbürger/innen

Auftragsgrundlage

Staatsangehörigkeitsgesetz, Ausländergesetz, Art. 116 Abs. II GG, § 21 HAG

Zielgruppe

Ausländische Mitbürger/ innen im Gebiet der Stadt Detmold und Aussiedler/ innen

Politisches Gremium

Ausschuss für Bürgerservice, Ordnung, Feuerwehr und Rettungsdienst

Stellen	Einheit	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Stellen	Anz.	0,92	0,92	0,92	-	-	-

Leistungen	Einheit	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Anträge eigene Zuständigkeit: Einbürgerung von Ausländern mit langjährigem Aufenthalt neue Anträge	Anz.	72	120	120	-	-	-
Summe der Vorgänge	Anz.	2.595	2.628	2.501	-	-	-
Kurzberatungen bis 10 Minuten	Anz.	1.574	1.500	1.650	-	-	-
Beratungen mehr als 10 Minuten	Anz.	768	850	720	-	-	-
Anzahl der Beschwerden/Lob	Anz.	0	-	-	-	-	-
durchgeführte Einbürgerungen	Anz.	109	120	131	-	-	-
Ehegatten von Deutschen: neue Anträge	Anz.	8	15	10	-	-	-
durchgeführte Einbürgerungen	Anz.	10	15	10	-	-	-
Feststellung der deutschen Staatsangehörigkeit: neue Anträge	Anz.	1	4	3	-	-	-
sonstige Einbürgerungen: neue Anträge	Anz.	0	2	1	-	-	-
durchgeführte Einbürgerungen	Anz.	25	2	1	-	-	-
Anträge mit Zuständigkeit der Bezirksregierung; neue Anträge	Anz.	0	-	0	-	-	-
durchgeführte Einbürgerungen	Anz.	0	-	0	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Anzahl Beschwerden / Gesamtzahl der Vorgänge	%	0,00	-	-	-	-	-
durchschnittlicher Betriebsaufwand je Vorgang	€	30,75	28,14	30,62	-	-	-
Anzahl der durchgeführten Einbürgerungen	Anz.	143,00	137,00	131,00	-	-	-
Anzahl der Beratungen	Anz.	2.342,00	2.350,00	2.370,00	-	-	-

Teilergebnisplan	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Ertrags- und Aufwandsarten in €						
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	41.602,25	32.050	42.050	42.050	42.050	42.050

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
= Ordentliche Erträge	41.602,25	32.050	42.050	42.050	42.050	42.050
- Personalaufwendungen	65.580,50	64.367	67.408	68.083	68.763	69.451
- Bilanzielle Abschreibungen	195,76	333	196	196	196	196
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	445,82	510	425	425	425	425
= Ordentliche Aufwendungen	66.222,08	65.210	68.029	68.704	69.384	70.072
= Ordentliches Ergebnis	-24.619,83	-33.160	-25.979	-26.654	-27.334	-28.022
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	13.580,28	8.741	8.543	8.421	8.414	8.512
= Ergebnis	-38.200,11	-41.901	-34.522	-35.075	-35.748	-36.534

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	VE 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	38.491,25	32.050	42.050	0	42.050	42.050	42.050
= Einzahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	38.491,25	32.050	42.050	0	42.050	42.050	42.050
- Personalauszahlungen	44.244,31	43.868	46.076	0	46.537	47.002	47.473
- Sonstige Auszahlungen	442,82	510	425	0	425	425	425
= Auszahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	44.687,13	44.378	46.501	0	46.962	47.427	47.898
= Saldo der lfd. Verwaltungstätigkeit	-6.195,88	-12.328	-4.451	0	-4.912	-5.377	-5.848

Erläuterungen

Der Leistungsumfang bewegt sich im Durchschnitt der letzten Jahre – die Zahlen im Hinblick auf die beantragten Einbürgerungen sind gegenüber dem Vorjahr leicht abgesunken. Da der Gesamtbereich (Anträge und durchgeführte Einbürgerungen) jedoch ständigen Schwankungen unterworfen ist, kann durchaus ein Antragsaufkommen auf Vorjahresniveau angenommen werden, zumal diesbezügliche Beratungen weiterhin stark nachgefragt werden. Die Feststellung der deutschen Staatsangehörigkeit spielt zahlenmäßig keine große Rolle – auch hier ergibt sich gegenüber dem Vorjahr kein neuer Trend.

Die Einnahmen sind in Abhängigkeit vom Leistungsumfang grundsätzlich auf eben diesem Niveau anzusetzen, wobei zu berücksichtigen bleibt, dass die Umstellung der Gebührenerhebung im Jahr 2013 aus den absoluten Zahlen herausgerechnet werden muß (vgl. Planungsreport des letzten Jahres).

Der Sachaufwand bewegt sich auf dem Niveau von 2013, insbesondere Fachliteratur ist in angemessenem Umfang zu besorgen.

Anlage 1

nachrichtlich:

RE 2013 und Plan 2014 ehemalige Produkte

330 100 Transport von Kranken

**330 200 Transport von Notfallpatienten/
Herstellung der Transportfähigkeit**

Kurzbeschreibung

Transport von Nicht - Notfallpatienten (Krankentransport)

Ziele

Fachgerechte Hilfe zu leisten
Unter Betreuung zu transportieren

Auftragsgrundlage

Rett.-Gesetz, RettAss.-Gesetz, Bundesseuchengesetz, Rettungsbedarfsplan

Zielgruppe

Menschen im rettungsdienstlichen Versorgungsbereich

Politisches Gremium

Ausschuss für Bürgerservice, Ordnung, Feuerwehr und Rettungsdienst

Stellen	Einheit	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Stellen	Anz.	7,55	7,55	-	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Anzahl der Einsätze	Anz.	2.878	3.200	-	-	-	-
Durchschnittliche Betriebsaufwand je Einsatz	€	211	211	-	-	-	-
Quote der Einsätze mit Einhaltung der Eintreffzeiten / Gesamtzahl der Einsätze	%	82	80	-	-	-	-

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	473.890,10	669.796	0	0	0	0
+ Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	100	0	0	0	0
+ Sonstige ordentliche Erträge	0,00	5.000	0	0	0	0
= Ordentliche Erträge	473.890,10	674.896	0	0	0	0
- Personalaufwendungen	353.570,77	380.230	0	0	0	0
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	154.408,80	179.850	0	0	0	0
- Bilanzielle Abschreibungen	40.497,46	46.170	0	0	0	0
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	12.041,11	21.975	0	0	0	0
= Ordentliche Aufwendungen	560.518,14	628.225	0	0	0	0
= Ordentliches Ergebnis	-86.628,04	46.671	0	0	0	0
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	46.803,76	46.671	0	0	0	0
= Ergebnis	-133.431,80	0	0	0	0	0

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	VE 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	475.900,60	669.796	0	0	0	0	0

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	VE 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	0,00	100	0	0	0	0	0
+ Sonstige Einzahlungen	0,00	5.000	0	0	0	0	0
= Einzahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	475.900,60	674.896	0	0	0	0	0
- Personalauszahlungen	339.459,34	367.390	0	0	0	0	0
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	157.825,20	179.350	0	0	0	0	0
- Sonstige Auszahlungen	12.065,47	19.175	0	0	0	0	0
= Auszahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	509.350,01	565.915	0	0	0	0	0
= Saldo der lfd. Verwaltungstätigkeit	-33.449,41	108.981	0	0	0	0	0
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm.	4.267,38	117.300	0	0	0	0	0
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	4.267,38	117.300	0	0	0	0	0
= Saldo des Teilfinanzplanes nach Investtätigkeit	-37.716,79	-8.319	0	0	0	0	0

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamt- ausgabe- bedarf	bisher bereit gest.	RE 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	VE 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Investitionstätigkeit unter der Wertgrenze									
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,0	0,0	4,3	117,3	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Saldo Investitionstätigkeit	0,0	0,0	-4,3	-117,3	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0

Kurzbeschreibung

Lebensrettende Sofortmaßnahmen
 Transportfähigkeit herstellen
 Transport von Notfallpatienten

Ziele

Vitale Funktion herstellen und aufrechterhalten
 Notfallpatienten unter Betreuung zu transportieren

Auftragsgrundlage

Rett.-Gesetz, RettAss.-Gesetz, Bundesseuchengesetz, Rettungsbedarfsplan

Zielgruppe

Menschen im rettungsdienstlichen Versorgungsbereich

Politisches Gremium

Ausschuss für Bürgerservice, Ordnung, Feuerwehr und Rettungsdienst

Stellen	Einheit	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Stellen	Anz.	20,73	20,73	-	-	-	-

Kennzahlen	Einheit	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Anzahl der Einsätze	Anz.	4.602	4.700	-	-	-	-
Anzahl der Einsätze nach 21.00 Uhr / Gesamtzahl der Einsätze	%	19	19	-	-	-	-
Durchschnittlicher Betriebsaufwand je Einsatz	€	348	338	-	-	-	-
Einsätze mit Erreichung der Hilfsfrist / Gesamtzahl der zeitkritischen Einsätze	%	91	90	-	-	-	-

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	1.744.488,00	1.583.555	0	0	0	0
+ Sonstige ordentliche Erträge	0,00	5.000	0	0	0	0
= Ordentliche Erträge	1.744.488,00	1.588.555	0	0	0	0
- Personalaufwendungen	1.203.939,63	1.177.610	0	0	0	0
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	259.268,49	273.700	0	0	0	0
- Bilanzielle Abschreibungen	66.351,61	63.010	0	0	0	0
- Sonstige ordentliche Aufwendungen	24.320,01	26.575	0	0	0	0
= Ordentliche Aufwendungen	1.553.879,74	1.540.895	0	0	0	0
= Ordentliches Ergebnis	190.608,26	47.660	0	0	0	0
- Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	47.793,78	47.660	0	0	0	0
= Ergebnis	142.814,48	-0	0	0	0	0

Teilfinanzplan Ein- und Auszahlungsarten in €	Ergebnis 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	VE 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	1.772.533,00	1.583.555	0	0	0	0	0
+ Sonstige Einzahlungen	0,00	5.000	0	0	0	0	0
= Einzahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	1.772.533,00	1.588.555	0	0	0	0	0
- Personalauszahlungen	1.027.606,21	892.530	0	0	0	0	0
- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	256.623,56	273.200	0	0	0	0	0
- Sonstige Auszahlungen	19.211,90	21.075	0	0	0	0	0
= Auszahlung aus lfd. Verwaltungstätigkeit	1.303.441,67	1.186.805	0	0	0	0	0
= Saldo der lfd. Verwaltungstätigkeit	469.091,33	401.750	0	0	0	0	0
- Auszahl. für den Erwerb bewegl. Anlageverm.	137.744,48	183.000	0	0	0	0	0
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	137.744,48	183.000	0	0	0	0	0
= Saldo des Teilfinanzplanes nach Investtätigkeit	331.346,85	218.750	0	0	0	0	0

Investitionsmaßnahmen in T€	Gesamt- ausgabe- bedarf	bisher bereit gest.	RE 2013	Ansatz 2014	Ansatz 2015	VE 2015	Planung 2016	Planung 2017	Planung 2018
Investitionstätigkeit unter der Wertgrenze									
= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,0	0,0	137,7	183,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Saldo Investitionstätigkeit	0,0	0,0	-137,7	-183,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0